Beschluss (vorläufig) 5- Demokratie in der offenen Gesellschaft

Gremium:	LDK Siegen
Beschlussdatum:	10.12.2021
Tagesordnungspunkt:	3. Programm zur Landtagswahl 2022

Text

Für ein offenes und vielfältiges Nordrhein-Westfalen engagieren sich tagtäglich Millionen Menschen in unserem Land. Ob in der Nachbarschaftshilfe, im Frauenhaus, im Katastrophenschutz oder im Stadtrat. Sie stehen füreinander ein, heißen Geflüchtete willkommen, demonstrieren für die Rechte queerer Menschen, kämpfen für globale Gerechtigkeit, gestalten die europäische Einigung und sorgen so dafür, das Versprechen unserer Demokratie einzulösen: Wir sind verschieden und dabei gleich an Rechten und Würde.

Demokratie ist nie fertig, sie ist immer in Bewegung. Wir sind schon weit gekommen und haben gleichzeitig noch viel zu tun. Kinder und Jugendliche sollen über ihre Zukunft mitentscheiden, statt nur vom Spielfeldrand zuzuschauen – deshalb senken wir das Wahlalter auf 16 Jahre ab. Frauen steht die Hälfte der Macht in unserem Land zu, auch in unseren Parlamenten. Wir werden noch viel mehr Menschen mit Einwanderungsgeschichte den Weg zur Wahlurne bereiten. Und unser Wahlrecht modernisieren, damit möglichst alle Wählenden repräsentiert werden. Wir sprechen die Einladung aus, Entscheidungen nicht über den Kopf der Bürger*innen zu treffen, sondern mit einer neuen Politik der Beteiligung.

In Zeiten von Wandel und Umbruch erneuern wir das Versprechen, dass Politik Verantwortung auch für schwierige Entscheidungen übernimmt, zu Fehlern steht und transparent arbeitet. Nordrhein-Westfalen hat in den letzten Jahren schwere Krisen erlebt – das Hochwasser, Corona und seine Folgen. In der Krise zeigt sich, wer wir sind. Ob wir vorausschauend handeln oder Dienst nach Vorschrift tun – das ist eine Frage von Führung und von funktionierenden Strukturen. Deshalb ist Vorsorge unser politisches Leitprinzip. Gerade in diesen Zeiten ist es wichtig zu wissen: Der Staat schützt mich, er handelt vorausschauend und ist so ausgestattet, dass er auch auf Unvorhergesehenes reagieren kann. Unser Leitbild ist ein Staat, der seinen Bürger*innen im besten Sinne des Wortes zu Diensten ist, der es leicht macht, ihn zu verstehen und sich einzubringen. Der digital, technisch und personell bestens ausgerüstet ist und der Datenschutz, Privatssphäre sowie Souveränität jeder Person auch im digitalen Raum respektiert und schützt..

Vielfalt und Nordrhein-Westfalen sind seit langem untrennbar miteinander verknüpft. Vielfalt ist herausfordernd und gleichzeitig eine Chance. Sie zu gestalten und Konflikte auszuhandeln, begreifen wir als unseren politischen Auftrag. Schon viele Male ist unser Land über sich hinausgewachsen, um Einwander*innen und Geflüchtete willkommen zu heißen. Es wird durch Einwanderung reicher. Neue Perspektiven bringen neue Ideen, die uns weiterbringen und uns helfen, mit Herausforderungen fertig zu werden. Wir können Menschen eine neue Heimat bieten, die ihre alte verloren haben. Sie kommen mit großer Hoffnung auf Frieden, Freiheit und Sicherheit. Gemeinsam mit ihnen machen wir uns selbstbewusst die Errungenschaften unserer Gesellschaft neu bewusst. Wir kämpfen gemeinsam mit ihnen für eine starke Demokratie, in der es gerechte Chancen für

alle gibt und in der Glaubensfreiheit, Geschlechtergerechtigkeit und queere Rechte eine Selbstverständlichkeit sind.

Nordrhein-Westfalen liegt im Herzen Europas. Als bevölkerungsreichstes Bundesland mit großer wirtschaftlicher Stärke hat es auch eine führende Rolle innerhalb der Bundesrepublik. Daraus erwächst der Auftrag, dieses Gewicht auch in der europäischen und internationalen Politik geltend zu machen. Mit einer grünen Landesregierung wird Nordrhein-Westfalen dieser Verantwortung nachkommen. Wir machen in Nordrhein-Westfalen, Berlin, in Europa und auch darüber hinaus Demokratie, Freiheit, Gleichstellung und die Wahrung der Menschenrechte zur Richtschnur unserer Politik. Das gilt für internationale Handelsverträge ebenso wie für die europäische Gesetzgebung. Freihandelsabkommen zu Lasten von Menschen, Umwelt und Klima in den Partnerländern lehnen wir ab. Und wir fordern weiterhin eine europäische Flucht- und Migrationspolitik, die das Recht auf Leben und Unversehrtheit zur obersten Maxime macht.

Wir bauen Beteiligung und Mitbestimmung aus

Neue Politik der Beteiligung und des Dialogs

Demokratie lebt vom Mitmachen! Beteiligung hilft uns, Lösungen zu finden, die von allen mitgetragen werden. Sie kann politische Entscheidungen verbessern, weil die Alltagserfahrung und das Wissen der Bürger*innen einfließen. Das ist gerade jetzt besonders wichtig – denn wir stehen vor großen gesellschaftlichen Umbrüchen, wollen unsere gesamte Infrastruktur klimafest machen. NRW wird gleichzeitig immer vielfältiger. Diese Veränderung begleiten wir mit einer Kultur der Beteiligung und des Dialogs. Wir setzen eine*n zentrale*n Ansprechpartner*in der Landesregierung für Beteiligung und Dialog ein. Wir stärken die direktdemokratischen Elemente unserer Landesverfassung deutlich. Wir berufen Bürger*innenräte zu ausgewählten Zukunftsthemen ein. Denn Erfahrungen aus Bund und anderen Ländern zeigen, dass Bürger*innenräte stark darin sind, konstruktive Lösungen im Dialog zu finden. Zufällig und repräsentativ ausgewählte Bürger*innen beraten über eine konkrete Fragestellung und erarbeiten Handlungsempfehlungen. Diese muss das Parlament dann beraten. Zudem erleichtern wir direkte Demokratie, indem wir die Mindestanzahl einzureichender Unterschriften für Begehren und Initiativen reduzieren, die Bedingungen für die Unterschriftensammlung vereinfachen und die direktdemokratische Mitbestimmung bei deutlich mehr Themen ermöglichen.

Versammlungsfreiheit schützen

Unsere Demokratie lebt davon, dass wir frei und ohne Angst unsere Meinung öffentlich sagen können. Für dieses Recht haben viele mutige Menschen lange gekämpft. Sich mit Gleichgesinnten auf Demonstrationen oder Kundgebungen für eine Sache einsetzen zu können ist ein sehr wichtiger Bestandteil unserer Demokratie.

Wir wollen ein Versammlungsrecht, das Versammlungen in NRW ermöglicht und schützt. Es soll für jede*n unbürokratisch möglich sein, Versammlungen anzumelden und rechtssicher durchzuführen. Auch das Recht auf hör- und sichtbare Gegendemonstrationen schützen wir. Der Schutz der persönlichen Daten ist bei

Versammlungen von besonders großer Bedeutung. Eine Befugnis zur Anfertigung von Videoaufnahmen, die über das Versammlungsgesetz des Bundes hinausgeht, lehnen wir ab. Jegliche Form der Datenerhebung hat offen zu erfolgen. Wir orientieren uns an vielen anderen Ländern und wandeln – wo angemessen – Straftatbestände des Bundesgesetzes in Ordnungswidrigkeiten um, wie etwa beim Vermummungsverbot. Die von der Landesregierung betriebene Kriminalisierung der Klimagerechtigkeitsbewegung sowie antifaschistischer Demonstrationen lehnen wir ab.

Ernst nehmen, wem die Zukunft gehört: Kinder und Jugendliche

Politik darf nicht auf Kosten der nächsten Generationen gehen. Kinder und Jugendliche haben das Recht, über die Welt, in der sie leben und über ihre Zukunft mitzuentscheiden. Wir werden das aktive Wahlalter für die Landtagswahlen deshalb in einem ersten Schritt auf 16 Jahre senken. So erreichen wir auch, dass alle politischen Akteure die Belange der Jugendlichen besser in den Blick nehmen. Auf Basis einer Evaluation des Wahlalters 16 wollen wir das Wahlalter ggf. weiter absenken. Kinderrechte sind in der Landesverfassung verankert und müssen gelebt werden. Mit einem verbindlichen Jugendcheck werden wir die Gesetzesentwürfe darauf prüfen, wie sie das Leben von jungen Menschen beeinflussen. In den Kitas und Schulen sollen Beteiligungskonzepte verankert und verlässlich gelebt werden, sodass Kinder Demokratie von Beginn an erfahren und in ihrer Selbstwirksamkeit gestärkt werden. Auch auf kommunaler Ebene werden wir der Jugend ein verbindliches Mitspracherecht garantieren. Dazu werden wir den Gemeinden durch Gesetz verbindlich vorschreiben, für die Interessen von Jugendlichen besondere Vertretungen oder Beauftragte zu bestellen. Durch die bessere Einbindung in den demokratischen Prozess muss die Gemeinde die Interessen der Jugendlichen stärker wahrnehmen.

Ein Vielfalts-Update für unsere Demokratie

Vielfalt ist in Nordrhein-Westfalen gelebte Normalität. Wer hier lebt, soll das Recht haben, unsere Gesellschaft mitzugestalten und mitzuentscheiden. Wir wollen die strukturellen und institutionellen Hürden abbauen, die bisher eine gleichberechtigte Beteiligung verhindert haben. Wir richten das politische Ehrenamt und die gesellschaftlichen Rahmenbedingunge so aus, dass jede*r unabhängig von Schulabschluss, Einkommen oder individueller Lebenssituation sich aktiv am politischen Prozess beteiligen kann. Auch Bürger*innen aus anderen EU-Staaten sollen das Recht bekommen, an Landtagswahlen teilzunehmen. Ausländer*innen aus Nicht-EU-Staaten, die seit langem in NRW ihren Lebensmittelpunkt haben, erhalten das kommunale Wahlrecht. Mehrstaatlichkeit wird hier gelebt und gehört zu einem modernen Staat. Die von der Bundesregierung geplanten Erleichterungen im Staatsangehörigkeitsrecht, die Mehrfachstaatsangehörigkeit und erleichterte Einbürgerungen vorsehen, werden wir dafür nutzen, um offensiv für Einbürgerungen zu werben. Wer sich eine Meinung bilden und aktiv mitgestalten will, muss verstehen können und verstanden werden. Mehrsprachigkeit, Leichte Sprache, Gebärdensprache und Blindenschrift sind ein ganz bedeutsamer Schlüssel für gleichberechtigte Teilhabe. Wir erweitern die sprachliche Vielfalt, insbesondere in öffentlichen Institutionen. Wir schaffen Zugänge, dort wo sie bisher fehlen, um das politische Engagement und die Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderung in politischen Prozessen zu erhöhen.

Wir wollen die Rechte des Kreistages gegenüber Landrat und Verwaltung stärken und vom Kreistag zu wählende Kreisbeigeordnete einführen.

Zivilgesellschaft und ehrenamtliche Arbeit unterstützen

Demokratie ist nur so stark wie die Gesellschaft, die sie unterstützt. Ob beim Schwimmtraining, im Kita-Förderverein, bei der freiwilligen Feuerwehr oder in der Kirchengemeinde: Ehrenamtlich engagierte Menschen in NRW sorgen buchstäblich dafür, dass der Laden läuft und tragen die Interessen und Anliegen der Bürger*innen in die Öffentlichkeit. Wir werden dem bürgerschaftlichen Engagement und der Bürgerbeteiligung einen deutlich höheren Stellenwert in der Regierungspolitik einräumenHierfür spielt die langfristige Absicherung von Verbänden, Vereinen und zivilgesellschaftlichen Organisationen eine entscheidende Rolle. Wir werden die Ehrenamtsstrategie des Landes NRW weiterentwickeln und so erreichen, dass sich alle Menschen ganz einfach engagieren können, unabhängig von Wohnort, Alter, Herkunft, Behinderung oder sexueller Identität. Besonders in ländlichen Gemeinden unterstützen wir ehrenamtlich Engagierte durch Förderscouts. Sie helfen, Fördergelder für gemeinwohlorientierte Projekte zu beantragen. Wir bauen den Freiwilligendienst aus, bei dem viele jungen Menschen sich engagieren und im Rahmen eines freiwilligen Jahres Erfahrungen sammeln. Wir sorgen dafür, dass Freiwillige zukünftig bei Kulturangeboten und beim ÖPNV ähnliche Vergünstigungen und Ermäßigungen bekommen wie beispielsweise Schüler*innen, Azubis und Studierende.

Kommunalpolitisches Engagement erleichtern

Tausende Menschen übernehmen in NRW ehrenamtlich Verantwortung in der Kommunalpolitik. Wir machen die kommunalen politischen Gremien fit für die Digitalisierung. Dafür erweitern wir die Gemeindeordnung so, dass sie demokratische Teilhabe digital möglich macht. Wir werden mit den Kommunen sicherstellen, dass alle gewählten Vertreter*innen die technischen Möglichkeiten haben, an digitalen Sitzungen teilzunehmen. Das umfasst Hardware, Software und Schulungen.

Viele Menschen, z.B. Berufstätige und Menschen mit Verantwortung für Kinder oder Angehörige, die gepflegt werden müssen, werden von dem derzeitigen hohen zeitlichen Mehraufwand abgeschreckt. Dabei ist es begrüßenswert, wenn mehr Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen und Erfahrungen in der Kommunalpolitik mitmischen. Wir wollen auf kommunaler Ebene die Teilhabe stärken, sodass unter anderem Gremien wie Jugend-, Senioren-, Migrations- und Inklusionsbeiräte geschaffen werden. Mehr Personalmittel für hauptamtliche Unterstützung für die Fraktionen in kommunalen Gremien entlasten die Mandatsträger*innen.

Wir machen den Staat effektiv, transparent und bürgernah

Für einen attraktiven öffentlichen Dienst der Zukunft

Ob in Schulen, bei der Polizei, in Gerichten oder im Gesundheitsamt – gut ausgebildete und motivierte Mitarbeitende sind das Fundament eines Staates, der funktioniert und handlungsfähig bleibt. Doch dieses Fundament hält nicht von allein. Wir müssen handeln um es zu für die Zukunft stärken. Derzeit sind ca. 20.000 Stellen in der Landesverwaltung unbesetzt. Unsere Behörden bestehen den harten Wettbewerb um die besten Köpfe nur, wenn die Arbeit im öffentlichen Dienst attraktiver wird. Gemeinsam mit den Interessensvertretungen für die Beschäftigten und den Gewerkschaften werden wir deshalb einen neuen Rahmen für einen modernen öffentlichen Dienst mit attraktiven Arbeitsbedingungen schaffen. Den Kern bildet ein Lebensarbeitszeitkonto, mit dessen Hilfe Beschäftigte eine flexible wöchentliche Arbeitszeit erhalten, um damit frühere Pensionierungen oder Auszeiten, zum Beispiel für Sorgearbeit, zu schaffen. Wir werden auch die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für mobiles Arbeiten überprüfen und anpassen, damit der öffentliche Dienst auf der Höhe der Zeit bleibt. Nicht zuletzt werden wir die Gleichstellung im öffentlichen Dienst vorantreiben. Denn in unseren Behörden gibt es noch viel zu tun um die „gläserne Decke“ für Frauen zu überwinden und ihnen gleichberechtigte Aufstiegschancen – auch in Spitzenpositionen - zu garantieren. Dafür werden wir die Instrumente für eine gleichberechtigte Personalentwicklung nutzen und ausbauen. Bausteine dazu sind: Mentoringprogramme, bereichsübergreifende Vernetzung, Jobsharing sowie das Führen in Teilzeit oder Teams.
Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst verurteilen wir. Mit den Gewerkschaften und den Kommunen wollen wir mit geeigneten Mitteln – wie etwa baulichen Maßnahmen in Räumen mit Publikumsverkehr sowie Deeskalationstrainings - dafür sorgen, dass Angriffe und Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst auf Landes- und kommunaler Ebene verhindert und besser verfolgt werden.

Ein Staat, der funktioniert

In unseren Behörden geben tagtäglich gut ausgebildete Fachleute ihr Bestes für unser Gemeinwesen. Und trotzdem ist der Kontakt zur Verwaltung für viele Bürger*innen und Unternehmen umständlich. Das liegt oft an veralteter Technik und überholten Strukturen und Abläufen. Wir investieren in den bürgerfreundlichen, effektiven Staat mit einfacheren, grundsätzlich digitalen Verfahren. Aber auch der direkte Kontakt und Vor-Ort-Termine bei den Behörden bleiben für viele Menschen wichtig und müssen deshalb weiterhin möglich sein. Nur mit einer zukunftsfähig aufgestellten Verwaltung kann der Staat die vielen an ihn gerichteten Ansprüche und Aufgaben erledigen. Damit überall digital gearbeitet wird, weiten wir das E-Government-Gesetz vollständig auf die Kommunen aus. Das Land unterstützt die Kommunen bei der Implementierung digitaler Verfahren und der entsprechenden Software, damit kein Flickenteppich entsteht, auf dem jede Kommune sich gezwungen sieht, ihre eigene Lösung entwickeln zu müssen. Und wir nutzen die Digitalisierung der Verwaltungsabläufe, um gleichzeitig moderne Arbeitsweisen einzuführen. Die Verwaltung der Zukunft arbeitet vernetzt und in Teams, mit großer Transparenz, flexibel und mit flachen

Hierarchien. Diese Vision werden wir in ausgewählten Pilot-Behörden mit Ansätzen von „New Work“und agilen Methoden ausprobieren. Wir schaffen Verwaltungsinkubatoren, in denen Behörden und ihre Mitarbeter*innen anspruchsvolle Projekte außerhalb der etablierten Strukturen zur Reife entwickeln können. So ermöglichen wir einen sanften und erfolgsversprechenden Übergang in den Betrieb und einen Kulturwandel in der Verwaltung..

Der lernende Staat: gewappnet für die nächste Krise

Unser Land befindet sich seit einigen Jahren im Krisenmodus: Zuerst die anhaltende Hitzewelle, dann die Pandemie und schließlich im Sommer 2021 das verheerende Hochwasser: das alles beeinträchtigte und beeinträchtigt noch immer unser aller Leben. Die Krisen decken aber auch schonungslos auf, wo Politik und Verwaltung Nachholbedarf haben. Wir wollen aus ihnen lernen, damit unsere Gesellschaft krisenfester wird. Denn die Herausforderungen werden angesichts der Klimakrise in Zukunft nicht kleiner, sondern größer. Wir versetzen Politik und Verwaltung in die Lage, vorausschauend und planvoll zu handeln. Wir machen Vorsorge zu unserem Leitprinzip. In Nordrhein-Westfalen kommt der Landesregierung dabei eine Schlüsselrolle zu. Wir brauchen eine bessere Kultur der Zusammenarbeit und des Informationsaustausches zwischen den einzelnen Behörden und Ebenen. Zur vorausschauenden Politik gehören Katastrophenpläne für den Ernstfall und mehr Investitionen in Forschung. Wer gut vorbereitet ist, kann planvoll handeln und Schaden abwenden. Deshalb gilt für uns: Eine wichtige Grundlage für unsere Politik legen Wissenschaft und Forschung, sei es beim Klima oder in Pandemien.

Transparenzoffensive starten, Korruption bekämpfen

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben ein Recht darauf zu wissen, wer sich in welcher Weise an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt. Dafür führen wir ein verbindliches und öffentliches Lobbyregister für die Landesregierung und den Landtag sowie einen umfassenden “legislativen Fußabdruck” ein. Dieser macht transparent, welche Organisationen und Lobbyinteressen Einfluss auf die Erarbeitung eines Gesetzes genommen haben. Das Abstimmungsverhalten der Landesregierung im Bundesrat machen wir transparenter und setzen uns dafür ein, dass dies für den ganzen Bundesrat leicht nachvollziehbar wird.

Nicht allein durch die Maskenskandale der Union ist offensichtlich geworden, wie schnell Glaubwürdigkeit verloren geht und wie stark dieser Vertrauensverlust dem Parlamentarismus zusetzt. Wir wollen daher das Abgeordnetengesetz überarbeiten, sodass Parlamentarier*innen ihre Nebeneinkünfte ab dem ersten Euro angeben müssen und ihnen bezahlte Arbeit für Lobbyorganisationen verboten ist. Die Abkühlzeit für Mitglieder der Landesregierung vor einem Wechsel in Lobbyismus verlängern wir auf die Dauer des Bezugs vom Übergangsgeld, längstens auf 24 Monate.

Wir setzen uns für den wirksamen Schutz von Whistleblower*innen ein. Sie schützen die Beachtung der Rechtsordnung und damit das Funktionieren des demokratischen Systems. Whistleblower*innen brauchen Schutzklauseln im Dienstrecht, damit sie ohne Repressionen auf Missstände hinweisen können. Hierfür schaffen wir eine unabhängige Prüfstelle und setzen uns für einen Fonds zur finanziellen Unterstützung von Whistleblower*innen ein.

Korruption, Steuerhinterziehung und Geldwäsche sind Rechtsverstöße mit verheerenden Auswirkungen auf den Wettbewerb und den freien Markt, für Umwelt und Menschen. Wir gestalten die öffentliche Beschaffung transparenter und schaffen Vorkehrungen gegen Interessenskonflikte. Wir wollen die Angebote zur Korruptionsprävention der öffentlichen Verwaltung ausbauen und unterstützen die Einrichtung von Ombudsstellen.

Sichere öffentliche IT - Offene und verfügbare Daten und Software

Wir vertrauen der öffentlichen IT viel an. Ob Schüler*innendaten, Stromnetze oder Krankenversorgung – ohne IT läuft nichts in unserer Gesellschaft. Jede Sicherheitslücke kann fatale Folgen haben. Deshalb sichern wir höchste Standards für IT- Sicherheit und Datenschutz bei Behörden des Landes und den Kommunen gesetzlich ab. Deutlich mehr Behörden sollten außerdem den IT-Grundschutz des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik umsetzen. Wir fördern die gemeinsame Forschung von Hochschulen, Unternehmen sowie Unternehmensgründungen im Bereich IT-Sicherheit.

Auf öffentlich zugängliche Informationen zugreifen zu können, ist Grundlage unseres demokratischen Staatsverständnisses. Land und Kommunen sammeln und erstellen mit großem Aufwand riesige Datenmengen. Und die können sehr nützlich sein, etwa für Medien, Bürger*inneninitiativen, die Wissenschaft oder auch innovative Unternehmen. Wir ermöglichen mehr Teilhabe am “Datenschatz” in Form von nicht personenbezogenen Daten. Was der Staat finanziert, muss auch allen zugänglich sein. Wir schreiben in einem Informationszugangsgesetz fest, dass staatliche Stellen ihre Informationen proaktiv maschinenlesbar und unter Berücksichtigung der Open Data-Kriterien veröffentlichen. Wir stärken hierbei die Rechte der Bürgerinnen und Bürger für einen schnellen Informationszugang. Mit uns werden Open Data, Open Source und Open Access zum Standard für alle öffentlichen Stellen vom Ministerium bis in die letzte Amtsstube.

Wir begreifen Vielfalt als Stärke

Zusammen unsere Einwanderungsgesellschaft gestalten

NRW ist der Inbegriff von Vielfalt. In unserem Bundesland leben 18 Mio. Menschen, mehr als fünf Millionen von ihnen haben eine Einwanderungsgeschichte. Damit verfügt unser Bundesland über eine Einwanderungsgeschichte, die es über Jahrhunderte hinweg zu dem gemacht hat, was es ist. Die verschiedenen Etappen, in denen Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern unser Bundesland mit verschiedensten kulturellen Einflüssen geprägt und bereichert haben, sind Teil unserer Identität und müssen lebendig gehalten werden. Das Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland (DoMiD e.V.) leistet dafür einen wichtigen Beitrag, was wir auch in Zukunft unterstützen werden. Wir wollen darüber hinaus die Geschichte der Migration als gesamtgesellschaftliche Geschichte von NRW stärken.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle gleichermaßen sichtbar sind, dieselben Chancen auf Teilhabe haben und ihre Stimmen Gehör finden. Wir wollen deshalb Mehrsprachigkeit fördern und ihre Anerkennung in unserer Gesellschaft stärken,

internationale Menschenrechtsbildung ausbauen und Organisationen und Vertretungen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte stärker fördern und einbeziehen. Ihre angemessene Repräsentation insbesondere in öffentlichen Institutionen ist eine Aufgabe, die wir mit Nachdruck vorantreiben werden.

Wir sehen NRW auch in der Verantwortung, erinnerungskulturelle Angebote noch breiter zu fassen und auch die deutsche sowie europäische Kolonialgeschichte und ihre Folgen bis hin zu wirtschaftlichen Verflechtungen bis in die Gegenwart systematisch aufzuarbeiten. Hierzu wollen wir ein Konzept entwickeln, das sowohl die historische Aufarbeitung der Verantwortung in NRW als auch eine Auseinandersetzung mit dem Thema in Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie in Stadt-Quartieren umfasst.

Gemeinsam gegen Diskriminierung: Antidiskriminierungsgesetz einführen und Antidiskriminierungsarbeit ausweiten

Jeder Mensch ist unterschiedlich, das macht unser Zusammenleben interessant und dynamisch. Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich alle Menschen mit Selbstvertrauen und ohne Angst entfalten können. Die Chancen in unserem Land sind aber immer noch nicht gleich verteilt. Immer noch erleben Menschen wegen ihres Namens, aufgrund einer rassistischen Zuschreibung ihrer Religion, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Identität, aufgrund einer Behinderung oder ihrer sozialen Herkunft Diskriminierungen am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche oder in der Freizeit. Oft werden Menschen aufgrund mehrerer Merkmale diskriminiert und manchmal führt eine Benachteiligung zu weiteren. Benachteiligungen gibt es in vielen alltäglichen Lebensbereichen, wie in der Schule, Ausbildung oder bei Behördengängen. Diskriminierung in Institutionen und Behörden findet dabei nicht unbedingt als absichtsvolle Benachteiligung von Einzelpersonen statt, sondern hier spiegeln sich noch immer Stereotype und Vorurteile – bewusst oder unbewusst – wider. Diesen strukturellen Benachteiligungen werden wir mit mehreren Maßnahmen entgegenwirken.

Wir wollen es allen Menschen ermöglichen, Diskriminierungen in den Zuständigkeitsbereichen des Landes – wie etwa der Schule oder der Polizei – zu melden und gegen diese auch rechtlich vorzugehen. Die Möglichkeit für Betroffene, sich effektiv gegen erlebte Diskriminierung zu wehren, werden wir mit einer Landesantidiskriminierungsstelle und einem Landesantidiskriminierungsgesetz ausbauen. Indem wir ein Verbandsklagerecht einführen, können sich Betroffene auf Wunsch auch von ihren Verbänden vertreten lassen.

Gleichzeitig braucht es ein engmaschiges und niedrigschwelliges Unterstützungs- und Beratungsnetz für alle Formen von Diskriminierung. Die bisherigen Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit wollen wir deshalb flächendeckend ausbauen. Eine Landesantidiskriminierungsstelle vertritt diese Servicestellen auf Landesebene und schafft innovative Wege, um die Bevölkerung über Diskriminierungsformen aufzuklären. Mit eigenen Studien soll die Landesantidiskriminierungsstelle Diskriminierung und strukturelle Benachteiligungen offenlegen und gleichzeitig Handlungsempfehlungen für die Antidiskriminierungspolitik in NRW erarbeiten.

Behörden der Zukunft: Partnerinnen der Vielfalt

Unsere Behörden sollen ein Spiegelbild und Dienstleister unserer vielfältigen Gesellschaft sein. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind wichtige Ansprechpartner*innen für Anliegen und Probleme. Egal, ob es um einen neuen Pass oder um Wohngeld geht, der Gang zum Amt sollte für Jede*n gleichermaßen zugänglich, verbindlich und verständlich sein.

Unser Ziel ist es, die Verschiedenheit unserer Gesellschaft, die wir in NRW bereits leben und die uns ausmacht, in unsere Verwaltung zu tragen und sie dort zu verankern. Darin unterstützen wir unsere Landesbehörden und Kommunen. Daher intensivieren wir für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf Landesebene Weiterbildungsmaßnahmen, die internationale Menschenrechte, Interkulturalität und Antidiskriminierung beinhalten und führen verpflichtende Fortbildungsmodule ein. Mehrsprachigkeit in Behörden, bei der Polizei und in Notdiensten bauen wir aus, egal, ob der Kontakt online, telefonisch oder persönlich erfolgt. Unser Ziel ist, dass öffentliche Einrichtungen für die soziale, kulturelle und geschlechtliche Vielfalt unserer Gesellschaft sensibilisiert sind und diese selbst abbilden. Dafür entwickeln wir verbindliche und messbare Zielvorgaben in den Behörden. Auch sollten sich Führungskräfte mit internationaler Biographie in den Verwaltungen stärker miteinander vernetzen können. Wenn Beschäftigte des Landes rechtsextremes und menschenverachtendes Handeln an den Tag legen, muss konsequent mit den Mitteln des Straf- und Disziplinarrechts dagegen vorgegangen werden.

Barrierefrei leben – Teilhabe ohne Schranken

Jeder Mensch hat eigene Wünsche und Träume. Sie können sich auf die Berufswahl beziehen, auf Freizeitaktivitäten oder eine bestimmte Wohnform, in der man leben möchte. Die Chancen, sich eigene Ziele zu stecken und diese zu erreichen, müssen in einer diversen und inklusiven Gesellschaft gleich verteilt sein. Die UN-Behindertenrechtskonvention basiert auf dem Menschenrecht auf eine gleichberechtigte Teilhabe. Ihre Umsetzung werden wir auf Basis des weiterzuentwickelnden Aktionsplans konsequent voranbringen und gleichzeitig das Inklusionskataster und die Teilhabeberichterstattung ausbauen. Wir statten die Monitoringsstelle für die Behindertenrechtskonvention bedarfsgerecht aus und stärken die Unabhängigkeit der Landesbeauftragten für Inklusion und Patient*innen. Mehr Teilhabe geht nur, wenn Menschen mit Assistenz- und Hilfsmittelbedarf schnelle und unbürokratische Hilfe erhalten. Wer eingeschränkt sehfähig oder im Rollstuhl unterwegs ist, sollte ohne große Umwege und ohne fremde Hilfe das Ziel erreichen können. Menschen, egal ob mit oder ohne Behinderung, sollen den Beruf erlernen oder in die Selbstständigkeit gehen können, für die sie sich interessieren. Sich ehrenamtlich zu engagieren, zum Beispiel ein politisches Mandat zu bekleiden oder in einem Sportverein mitzuwirken, soll allen Menschen möglich sein. Auf dem Arbeitsmarkt erleichtern wir Unternehmen und Ausbildungsbetrieben, ihre Pflicht tatsächlich zu erfüllen, Menschen mit Behinderung einzustellen und überzeugen sie von den Vorteilen. Wir planen Barrierefreiheit durch Änderungen im Bauwesen und der Quartiersentwicklung von Beginn an ein, wenn öffentliche Gebäude oder Wohnungen gebaut werden. Politische Abläufe und Verwaltungsprozesse kommunizieren wir in leichter Sprache, in Gebärdensprache, mit Untertiteln oder in Blindenschrift

barrierefrei und für alle Menschen leicht verständlich. Dabei berücksichtigen wir auch die besonderen Interessen von Menschen mit nicht-sichtbaren Behinderungen oder psychischen Erkrankungen. Wir tauschen uns im Inklusionsbeirat auf Augenhöhe mit Betroffenen aus und fördern die organisierten Selbstvertretungen von Menschen mit Behinderung stärker. Gemeinsam finden wir Lösungen für die Bereiche, die noch nicht für alle auffindbar, zugänglich und nutzbar sind. Nur so garantieren wir echte Teilhabe.

Lernen für religiöse Vielfalt und Toleranz

Ob und was Schüler*innen in NRW glauben, wird immer vielfältiger. Deshalb ist es wichtig, dass jede*r Schüler*in von der ersten Klasse an wirklich die freie Wahl hat, am konfessionellen Religionsunterricht teilzunehmen oder nicht. Ab der ersten Klasse soll flächendeckend Praktischer Philosophieunterricht angeboten werden. Hemmnisse für den seit 2015 möglichen Umbau von Bekenntnisschulen in bekenntnisfreie Grundschulen werden wir abbauen. Wir unterstützen den islamischen Religionsunterricht auf Grundlage unserer Verfassung. Er leistet einen wichtigen Beitrag für die Gleichberechtigung und Integration muslimischen Lebens. Dafür wird eine entsprechende akademische Ausbildung des Lehrpersonals in Deutschland, in unserem Fall in NRW, benötigt. Wir wollen die Stimmen liberaler Muslime in der Kommission für islamischen Religionsunterricht stärken. Aus anderen Staaten gesteuerte Verbände gehören nicht in die Kommission. Mittelfristig wollen wir den Religionsunterricht im Diskurs mit den Religionsgemeinschaften – auf Basis des Grundgesetzes, in dem dieses Fach verankert ist – zu einem kooperativ-konfessionellen Unterricht weiterentwickeln, der auch den islamischen Religionsunterricht mit einbezieht.

Das Recht auf Religionsfreiheit schützen

Religion ist für viele Menschen in NRW ein wichtiger Bestandteil ihres Alltags und prägender Teil der eigenen Identität und der Deutung der Welt. Die Freiheit, den eigenen Glauben zu leben, ist ein Menschenrecht ebenso wie das Recht, keine Weltanschauung oder Religion auszuüben. Der Staat muss diese Rechte gewährleisten und schützen. Religionsgemeinschaften sind wichtiger Teil unserer Zivilgesellschaft. In ihnen engagieren sich viele Menschen für die Gemeinschaft, sie sind Räume für Engagement und prägen und bieten Heimat. Voraussetzung für einen positiven Beitrag zur demokratischen Gesellschaft ist, dass Religionsgemeinschaften die Grundprinzipien der Verfassung achten, sich dem öffentlichen Diskurs stellen und nicht fundamentalistisch agieren. Das gilt insbesondere dann, wenn sie mit dem Staat kooperieren. Islamische Gemeinschaften können und sollen als Religionsgemeinschaften anerkannt werden, wenn sie die rechtlichen Voraussetzungen dafür erfüllen, denn muslimisches Leben gehört zu NRW. Die vier großen muslimischen Verbände erfüllen diese Voraussetzungen aber derzeit nicht. Wir unterstützen die Imam-Ausbildung in NRW und werden muslimisches Engagement fördern. Jüdinnen und Juden sind ein Teil unserer vielfältigen Gesellschaft. Gemeinsam mit den jüdischen Gemeinden und Institutionen wollen wir die Vielfalt jüdischen Lebens noch sichtbarer machen und Begegnung und Austausch ermöglichen. Antisemitismus in all seinen Facetten werden wir uns konsequent entgegenstellen.

Verhältnis von Staat und Kirche weiterentwickeln

Die christlichen Kirchen sind für uns ein wichtiger Bündnispartner im Kampf für Menschenrechte, die Seenotrettung, den Kampf gegen die Klimakrise oder für eine gerechtere Welt. Das Land und die Kommunen pflegen viele Kooperationen mit ihnen – etwa in den Bereichen Bildung, Kinder- und Jugendarbeit oder Gesundheitsversorgung. Diese gewachsene Beziehung wollen wir erhalten und wo nötig weiterentwickeln, denn der Staat muss selbst grundsätzlich weltanschaulich neutral handeln. Daher verbietet sich die "Ehrfurcht vor Gott" als allgemeines Bildungsziel. So plädieren wir für eine Novelle des Feiertagsgesetzes, die an „stillen“ Feiertagen das bestehende, generelle Verbot von Kultur- und Tanzveranstaltungen überwindet, sofern sie keinen störenden Charakter haben. Außerdem wollen wir, dass Allen ein individueller Feiertag im Rahmen der bestehenden Urlaubsregelungen ermöglicht wird – sowohl in der Schule wie auch im Arbeitsleben. Wir unterstützen das Anliegen, die Kirchenaustrittsgebühr und mit dem Austritt einhergehende bürokratische Hürden abzuschaffen und im öffentlichen Dialog mit den Kirchen dem Auftrag des Grundgesetzes endlich nachzukommen und die altrechtlichen Staatsleistungen abzulösen.

Wir fördern Selbstbestimmung und Gleichstellung

Die Hälfte der Macht den Frauen

Es ist Zeit für eine feministische Regierung und Politik in NRW, mit der wir uns alle gemeinsam für Geschlechtergerechtigkeit einsetzen. Frauen verdienen die Hälfte der Macht – im Landtag und in den Gemeinderäten genauso wie in Schlüsselstellen der Verwaltung. Gremien besetzen wir deshalb grundsätzlich mindestens zur Hälfte mit Frauen. Mit einem Paritätsgesetz sorgen wir dafür, dass zur Wahl des Landtags 2027 auch in den anderen Parteien deutlich mehr Frauen auf den Landeslisten und in den Direktwahlkreisen zur Wahl stehen. Gleichstellung ist eine Querschnittsaufgabe, denn sie berührt alle politischen und gesellschaftlichen Bereiche: die Stadtplanung genauso wie die Planung von Kitas und Ganztagsbetreuung, die Wirtschaftsförderung oder die Unterstützung lokaler Projekte und Initiativen. Wir sorgen dafür, dass die Interessen und Bedarfe von allen Geschlechtern bei allen politischen Entscheidungen berücksichtigt werden.

Das Land und die Kommunen bewegen Gelder in Milliardenhöhe, planen Straßen, unterstützen Unternehmen und investieren viel Geld in die kommunale Infrastruktur. Haushaltspolitik ist aber nicht geschlechterblind. Finanzentscheidungen haben unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer. Wir stärken eine geschlechtergerechte Haushaltspolitik durch die konsequente Umsetzung eines Gender-Budgeting-Ansatzes und stellen sicher, dass öffentliche Investitionen und Ausgaben den Geschlechtern gleichermaßen zugutekommen. Für die echte Chancengleichheit von Frauen und Männern benötigen wir Forschung zum Thema Geschlechtergerechtigkeit. Wir möchten daher den Wissenschaftsbereich der Gender Studies fördern und ausbauen, um große Erkenntnislücken endlich zu schließen und wissenschaftlich fundiert Politik zu machen.

Frauen verdienen – Wirtschaftliche Unabhängigkeit stärken

Unser Ziel: Frauen verdienen für gleichwertige Arbeit den gleichen Lohn, sind wirtschaftlich unabhängig und im Alter gut abgesichert. Was selbstverständlich klingt, muss endlich Realität werden! Wir setzen uns ein für eine gleiche Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen in allen Berufsfeldern. Die systemrelevanten Care-Berufe wie Pflege und Erziehung, die zu über 70 Prozent von Frauen ausgeübt werden, sollen finanziell und strukturell aufgewertet werden. Und wir nutzen die Möglichkeiten der Landespolitik, um die wirtschaftliche Situation von Frauen zu verbessern und Beruf und Familie besser „unter einen Hut" zu bekommen. Grundlage dafür ist die Qualität und Quantität von Betreuungsplätzen in Kindertagespflege, Kita und Ganztagsbetreuung in den Schulen zu erhöhen.

Queeres Leben in NRW – selbstbestimmt und diskriminierungsfrei

Wir streiten seit unserer Gründung dafür, dass Lesben, Schwule, bisexuelle, trans*, inter*, nicht binäre und queere Menschen (LSBTIQ*) mit und ohne Fluchtgeschichte in NRW selbstbestimmt, ohne Ausgrenzung und Angst leben können. Vielfalt ist gelebter Alltag in unserem Land und die vielen CSDs und Pride Demonstrationen haben längst einen festen Platz in unserer Gesellschaft. Trotzdem gehören Ausgrenzung und Diskriminierung für viele queere Menschen zu ihren alltäglichen Erfahrungen. Deshalb werden wir Betroffenen und Verbänden das Recht geben, rechtlich gegen Diskriminierung vorzugehen. Das schreiben wir in einem Landesantidiskriminierungsgesetz fest. Wir stärken queeres Leben und die Vielfalt unserer Zivilgesellschaft, indem wir den „Aktionsplan für queeres Leben" weiterentwickeln und konsequent umsetzen. Er sorgt für Gleichstellung durch Aufklärung, Bildung und Schutz, soll in allen Ministerien umgesetzt und als Querschnittaufgabe dauerhaft verankert werden. Wir bauen das Angebot von niedrigschwelliger und intersektionaler Beratung, Koordination, Kinder- und Jugendarbeit, Senior*innenarbeit, psychosozialer Beratung und Selbsthilfegruppen aus und stärken es. Insbesondere auch jenseits der großen Städte wollen wir Angebote schaffen und bestehende finanziell absichern. Wir unterstützen das vielfältige zivilgesellschaftliche Engagement der queeren Community und werden es auch langfristig finanziell besser unterstützen. Außerdem legen wir ein wirksames Konzept für die Bekämpfung von Hasskriminalität vor. Dazu gehören fachlich qualifizierte und lokal verankerte Kontaktstellen für LSBTIQ*, die Opfer von Hasskriminalität und Gewalt geworden sind und verpflichtende Fortbildungen in der Polizei zur Sensibilisierung zu LSBTIQ*-Themen und Hassverbrechen.. Die Geschichte der Diskriminierung und Verfolgung queerer Menschen in unserem Land werden wir aufarbeiten, Opfer entschädigen und Orte der Erinnerung schaffen.

Sexarbeiter*innen verdienen unsere Unterstützung

Wir trennen klar zwischen Sexarbeit und Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung. Letzterer ist ein abscheuliches Verbrechen, das wir mit allen Mitteln bekämpfen. Sexarbeiter*innen brauchen, wie andere Berufstätige auch, sichere Arbeitsbedingungen sowie eine Kranken- und Sozialversicherung. Wir sichern

spezialisierte Beratungsstellen, insbesondere im ländlichen Raum, die Sexarbeiter*innen beraten, unterstützen und bei Bedarf auch Hilfe beim Ausstieg aus der Sexarbeit leisten. Wir stärken die rechtliche und soziale Lage von in der Sexarbeit tätigen und wirken Diskriminierung und Stigmatisierung entgegen. Das geht am besten, wenn wir mit den Betroffenen im Austausch stehen und ihre Lebensrealität genau kennen. Wir werden den Runden Tisch Prostitution wieder ins Leben rufen.

Wir schützen Menschenrechte: Humanitär und fair für Geflüchtete

NRW wird sicherer Hafen: Landesaufnahmeprogramm für Geflüchtete

Wir wollen jenen Menschen Schutz bieten, die vor Gewalt und Krieg fliehen müssen. Aber noch immer verharren Geflüchtete dicht gedrängt in provisorischen Lagern auf den griechischen Inseln oder an den europäischen Außengrenzen. Noch immer ertrinken jedes Jahr Menschen auf der Flucht im Mittelmeer. Die europäische Flucht- und Asylpolitik muss menschlicher werden. Statt die Festung Europa weiter auszubauen und uns abzuschotten, müssen wir neue und verschiedene Zugänge schaffen und Zuwanderung erleichtern. Wir unterstützen das Engagement von zivilen Seenotretter*innen. Sie springen dort ein und retten Menschenleben, wo die Institutionen der Mitgliedsstaaten und der Europäischen Union versagen. Wir unterstützen die Pläne des Bundes, eine staatlich koordinierte und europäisch getragene Seenotrettung im Mittelmeer einzurichten. Wir stehen an der Seite der zahlreichen Kommunen in NRW, die Geflüchteten in Not einen Sicheren Hafen bieten. Mit einem eigenen Landesaufnahmeprogramm wollen wir diese Bereitschaft zur Aufnahme von Menschen in besonders prekären Notsituationen, wie etwa für aus Seenot Gerettete, unterstützen. So soll das Land in Zusammenarbeit mit den Kommunen die Möglichkeit erhalten, Menschen auf der Flucht bei uns Schutz zu bieten. Zudem wollen wir erreichen, dass sich NRW mit einem Sonderprogramm an der Aufnahme jesidischer Frauen aus dem Nordirak beteiligt.

Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten: dezentral, kommunal und humanitär

Wir brauchen klare Maßstäbe für die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten hier in NRW. Die individuellen Bedürfnisse, Wünsche und Möglichkeiten von Kindern, Familien oder chronisch Kranken müssen wir dabei stets im Blick behalten. Lange Aufenthaltszeiten in Landesunterkünften lehnen wir ab. Das Konzept von Zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) halten wir für gescheitert. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir weg von übergroßen und isolierten Einrichtungen hin zu dezentralen und kleineren Wohneinheiten mit genügend persönlichen Rückzugsorten. Denn gerade zu Beginn brauchen Menschen mit einer Fluchtgeschichte Ruhe und Privatsphäre in geschützten Räumen, wo sie ankommen und sich sicher fühlen können. Wir schaffen Schutzräume für Frauen, Kinder und queere Geflüchtete. Ehrenamtliche, die freie Wohlfahrtspflege und andere zivile Akteure leisten bei der Beratung und Betreuung der Geflüchteten einen unerlässlichen Beitrag, den wir hoch schätzen und weiterhin stärken

wollen. Allerdings kann und darf die ehrenamtliche Unterstützungsarbeit die staatliche Grundversorgung nicht ersetzen. Ebenso ist eine umfassende Gesundheitsversorgung zentral. Auch hier wollen wir neue Standards setzen, die helfen, Erkrankungen frühzeitig zu identifizieren und entsprechend zu behandeln. Auch für psychische Beratungen, besonders für Mädchen und Frauen, wollen wir einen niedrigschwelligen Zugang schaffen. Geflüchteten Kindern, die in den Landesunterkünften untergebracht sind, werden wir den Zugang zum Unterricht in Regelschulen ermöglichen.

Eine gute Flüchtlings- und Integrationspolitik gelingt nur im Schulterschluss mit den Kommunen. Wir wollen daher den Austausch zwischen den Kommunen, etwa den Kommunalen Integrationszentren und dem Land in diesem Bereich ausbauen und die Kommunen dabei unterstützen, gemeinsam verbindliche Standards für Flüchtlingsunterkünfte zu entwickeln, die die individuellen Schutzbedürfnisse der Betroffenen beachten. Um die Kommunen hier zu unterstützen, erhöhen wir die Pauschale im Flüchtlingsaufnahmegesetz, die keine Unterscheidung zwischen Asylbewerber*innen und Geduldeten macht, sodass die Kosten für die Kommunen angemessen sind.

Integration von Anfang an ermöglichen und sichere Bleibeperspektiven schaffen

Wir wollen Integrations-, Teilhabeangebote und Sprachkurse von Anfang an für alle Geflüchteten ermöglichen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus und der Bleibeperspektive. Sie schaffen für die Ankommenden die Basis für ein eigenständiges Leben in unserer Gesellschaft. Der Verbleib in internationalen Förderklassen soll sich nach den individuellen Bedarfen richten und kann entsprechend verlängert werden. Damit auch Frauen mit Kindern die Kurse belegen und erfolgreich abschließen können, bauen wir begleitende Kinderbetreuungsangebote aus. Als wichtige Partner wollen wir die kommunalen und zentralen Ausländerbehörden stärker in Integrationsprozesse einbinden. Diese neuen „Willkommensbehörden“ sollen Migrant*innen, insbesondere Geflüchtete, bei ihrem Weg zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe und Arbeitsmarktintegration begleiten und fördern und ebenso die Spielräume für Bleibeperspektiven für Geduldete weitreichend nutzen. Dieses Modell setzt auf individuelle und aktive Beratung sowie Zusammenarbeit mit den Klient*innen. Wir setzen uns beim Bund dafür ein, dass Abschiebehindernisse gewahrt bleiben und besonders zu schützende Personengruppen wie Sinti*zze und Rom*nja, LSBTIQ* und wegen Gewalt gefährdete Frauen vor einer Abschiebung in Unrechtsregime und Kriegsregionen bewahrt werden. Asylverfahren müssen zügiger bearbeitet werden, aber gleichzeitig immer fair, individuelle Bedürfnisse berücksichtigen und transparent sein. Die Anforderungen an Asylbewerber*innen müssen sich immer am praktisch Leistbaren orientieren. Bei einer Aufenthaltsbeendigung müssen Abschiebungen immer das letzte Mittel sein. Wir setzen uns dafür ein, mildere Mittel zur Abschiebehaft als Alternative auszuschöpfen und wollen garantieren, dass die Rechte der Betroffenen geachtet werden. Perspektivisch setzen wir uns für die Abschaffung der Abschiebehaft ein. Denn die Inhaftierung von Menschen, die sich nichts haben zuschulden kommen lassen, stellt eine massive Einschränkung ihrer Rechte dar. Abschiebungen in Kriegs- und Krisenländer, wie aktuell Afghanistan und Syrien, lehnen wir grundsätzlich ab.

Wir stärken das Vertrauen in den Rechtsstaat

Justiz modernisieren und entlasten

Unsere Gerichte und Staatsanwaltschaften kämpfen schon jetzt mit Personalmangel. Unbesetzte Stellen in der IT gefährden die Digitalisierung der Justiz. In den nächsten Jahren werden überdurchschnittlich viele Richter*innen und Staatsanwält*innen in Pension gehen. Darauf müssen wir frühzeitig reagieren. Deshalb benötigen wir moderne, flexiblere und familienfreundlichere Strukturen, die insbesondere für Frauen die Tätigkeit in der Justiz attraktiver machen. Die Justiz muss zudem ein besonderes Augenmerk darauf richten, die Vielfalt der Bevölkerung in Ihren Reihen abzudecken - gerade auch in den Führungsebenen. Migrationsgeschichte oder eine Vielfaltsdimension darf kein Hindernis sein. Momentan ist die Justiz mit zu vielen Aufgaben betraut. Dadurch dauern Verfahren viel zu lang. Um die Strafverfolgung effektiver zu machen, werden wir die Justiz neben einer Personalaufstockung von einigen Aufgaben entlasten. Wir werden die gesetzlichen Bestimmungen dafür schaffen, dass in Nordrhein-Westfalen niemand wegen Bagatelldelikten zu einer Haftstrafe verurteilt wird. Hierzu werden wir Vereinbarungen mit den Verkehrsverbünden abschließen, um ticketloses Fahren als nicht anzuzeigenden Vertragskonflikt einzustufen. Zudem wollen wir die NRW-Richtlinien zum Besitz und Konsum von Cannabis anpassen und den Grenzwert auf 15 Gramm anheben. Ersatzfreiheitsstrafen wollen wir weitgehend abschaffen und durch ein System der Abgeltung durch gemeinnützige Arbeit ersetzen. Auch den Jugendarrest, insbesondere den Freizeitarrest, wollen wir auf den Prüfstand stellen. Sie sind als Mittel der Abschreckung wie auch der Erziehung ungeeignet. Wir halten individuelle Angebote für sinnvoller. Besonders der so genannte Warnschussarrest widerspricht dem wichtigen Strafrechtsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit. Wir unterstützen zudem die geplante Verstetigung des Paktes für den Rechtsstaat zwischen Bund und Ländern und die Erweiterung um einen Digitalpakt.

Unfaire Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit ersetzen

Wir wollen Ersatzfreiheitsstrafen weitgehend abschaffen und durch ein System der Abgeltung durch gemeinnützige Arbeit ersetzen. Ein wichtiges Prinzip des Rechtsstaates ist es, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind und Strafen ohne Ansehen der Person von unabhängigen Gerichten verhängt werden. Das ist derzeit nicht uneingeschränkt gewährleistet, da verhängte Geldstrafen von Menschen mit entsprechendem wirtschaftlichem Hintergrund leicht aus der Portokasse bezahlt werden können, arme Menschen hingegen in manchen Fällen ersatzweise ins Gefängnis müssen. Das ist nicht nur ungerecht und bestraft Vermögenslose doppelt, es erzielt auch nicht den erhofften abschreckenden Effekt bei Vermögenden. Die Abgeltung von (Geld-)Strafen durch gemeinnützige Arbeit gibt der Gesellschaft etwas zurück und dürfte einen stärkeren selbstreflektierenden Effekt haben.

Bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen in Haftanstalten

Eine Gesellschaft muss sich auch daran messen lassen, wie sie mit Straftäter*innen umgeht. Und auch diejenigen, die mit Inhaftierten arbeiten,

haben gute Arbeitsbedingungen verdient. Wir streben eine Verbesserung des Personalschlüssels an und wollen den Berufsweg im Justizvollzugsdienst insgesamt attraktiver gestalten. Denn die Beschäftigten in den Haftanstalten kämpfen mit einer sehr hohen Arbeitsbelastung und Überstunden-Kontingenten. Das führt zu einem erhöhten Krankenstand und Einschränkungen für die Gefangenen (weniger Unterricht, Sportangebote, Therapieplätze, Arztbesuche usw.). Einen Schwerpunkt bei zusätzlich geschaffenen Stellen sollten die Fachdienste im psychologischen, pädagogischen, seelsorgerischen und medizinischen Bereich bilden. Die Freien Träger der Straffälligenhilfe sind wichtig für erfolgreiche Resozialisierung. Inhaftierte haben einen Anspruch auf eine humane Unterbringung. Der jetzige, oft baufällige Zustand einiger Haftanstalten darf deshalb kein Dauerzustand bleiben. Zudem birgt er Sicherheitsrisiken, wie zum Beispiel mangelnden Brandschutz. Eine Modernisierungsoffensive bietet dabei auch Chancen für eine menschenwürdige Neukonzeption von Haftanstalten in baulicher und architektonischer Hinsicht. Damit werden Möglichkeiten geschaffen, Vollzugspläne bzw. -ziele erfolgversprechender umzusetzen und auch den Bediensteten den Arbeitsalltag zu erleichtern. Damit Menschen seltener erneut straffällig werden, muss auch der persönliche Umgang mit Inhaftierten respektvoller werden. Zusätzlich braucht es Modellprojekte nach norwegischem Vorbild mit Vorbereitung und Unterstützung bei der privaten und beruflichen Wiedereingliederung.

Einfach an dein Recht kommen

Jeder Mensch in NRW muss einfach an sein Recht kommen. Wir wollen, dass Menschen, die aufgrund ihrer persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnisse nicht aus eigenen Mitteln den Rechtsweg beschreiten können, noch besser proaktiv über ihre Rechte und Möglichkeiten zu Beratungs-, Verfahrens- und Prozesskostenhilfe in einfacher und verständlicher Sprache aufgeklärt werden.

Wir werden mit konkreten Projekten das Vertrauen in unseren Rechtsstaat stärken. So wird unter anderem nach dem Berliner Vorbild das Projekt „Wir im Rechtsstaat“ auch in Nordrhein-Westfalen eingeführt. Hier geben Richter*innen und Staatsanwält*innen halbtägige Kurse, in denen Bürger*innen über ihre Rechte und Pflichten im deutschen Rechtsstaat aufgeklärt werden. Die Kurse werden z.B. in Vereinen, Flüchtlingsunterkünften oder Schulen stattfinden.

Jede*r Bürger*in hat in Nordrhein-Westfalen das Recht auf ein faires Verfahren. Das ist in unserem Rechtsstaat eine zentrale Botschaft, auf die Verlass sein muss. Vorurteile und Pauschalisierungen sind bestehende Hindernisse, die diesem Recht entgegensteht. Mit Aktionstagen und Fortbildungen sensibilisieren wir alle Mitarbeitenden in der Justiz für Vielfaltsthemen wie Migration, Religion, Behinderung, Gender und LSBTQI*, um individuelle und strukturelle Barrieren abzubauen und um zukünftig untereinander und im Umgang mit Bürger*innen möglichst diskriminierungsfrei zu agieren.

Starkes Recht gegen Hass und Hetze

Das Internet und Soziale Medien nehmen immer mehr Platz im gesellschaftlichen Leben ein. Neben vielen Erleichterungen und neuen Möglichkeiten sich zu vernetzen sind dort auch Räume für verachtende, beleidigende, rassistische und diskriminierende Kommentare und Handlungen entstanden. Diese „Hate Speech“ kann für die direkt Betroffenen auch in der analogen Welt zur echten Gefahr werden.

Zudem ist „Hate Speech“ schädlich für die demokratische Debattenkultur, da rechtsextreme Akteure immer wieder versuchen, demokratische Positionen, die für Vielfalt und Minderheitenrechte einstehen, zum Verstummen zu bringen. Zur Bekämpfung von Hassrede und Gewalt im Netz sind eine effektive Strafverfolgung, eine zwischen Bund und Land gut verzahnte Meldestruktur, eine personell gut ausgestattete Beratungsstruktur sowie Öffentlichkeitskampagnen notwendig, die sich Hass und Hetze entgegenstellen. Wir werden außerdem die Zentral- und Ansprechstelle „Cybercrime“ in der Justiz sowie das Cybercrime Kompetenzzentrum bei Landeskriminalamt NRW im Bereich "Hate-Speech" ausbauen und speziell geschulte Ansprechpersonen für Betroffene bei der Staatsanwaltschaft und in der Polizei einsetzen.

Wir sichern den Schutz vor Gewalt

Kinder besser schützen

Nicht erst seit den furchtbaren Fällen von Kindesmissbräuchen in Lügde, Münster und Bergisch-Gladbach wissen wir: Beim Schutz von Kindern vor sexualisierter Gewalt – im persönlichen Umfeld und im Internet – sowie anderen Formen der Kindeswohlgefährdung, bleibt weiter viel zu tun. Der Untersuchungsausschuss zu den Fällen sexualisierter Gewalt in Lügde hat gravierende Mängel in der staatlichen Struktur zum Schutz von Kindern aufgedeckt. Diese vielschichtigen Mängel wollen wir mit großem Nachdruck beseitigen. Gemeinsam mit den Kommunen und den Landesjugendämtern werden wir dafür sorgen, dass überall in NRW die gleichen fachlichen und personellen Standards in der Jugendhilfe gelten. Wir stärken die bestehenden Netzwerke des Kinderschutzes vor Ort. So werden wir die alltagsstabilisierende Soforthilfen nach der Aufdeckung sexualisierter Gewalterfahrung und anderer Formen der Kindeswohlgefährdung ausbauen. Alle am Kinderschutz Beteiligten aus Jugendhilfe, Justiz, Polizei, Bildungs- und Gesundheitswesen arbeiten in Zukunft in verlässlichen und dauerhaften Netzwerken zusammen. Die Koordination dieses Netzwerkes in der Kommune finanziert das Land.

Wir richten die Stelle eines*einer unabhängigen Landesbeauftragten für die Belange des Kinderschutzes und der Kinderrechte ein. Bei der Stelle der*des Beauftragten soll ein Betroffenenrat angesiedelt sein, um Betroffene besser einzubeziehen. Zu den Aufgaben der*des Beauftragten gehört auch die Aufarbeitung von sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in der Vergangenheit, u.a. in der Kirche und in anderen gesellschaftlichen Institutionen. Wir stärken kindgerechte Verfahren in Justiz und Polizei sowie die Fortbildung von Richter*innen und Staatsanwält*innen und in der Polizei. Dort sollen auch Kompetenzen bei kindgerechten Vernehmungen gestärkt werden. Wir wollen dafür sorgen, dass den Betroffenen bei der Polizei kompetente Partner*innen zur Seite stehen.

Gewalt gegen Frauen und genderqueere Personen entschieden bekämpfen

Jede Frau, die von Gewalt betroffen oder bedroht ist, muss in NRW Unterstützung und Schutz finden. Das ist unser Anspruch. Dafür stärken wir das bestehende System der Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen, Notrufe und

Interventionsstellen. Die Frauenhilfestruktur werden wir durch langfristige Finanzierungszusagen unterstützen. Gleichzeitig entwickeln wir das Schutz- und Unterstützungssystem mit allen Beteiligten weiter. So wird das Angebot barrierefreier und richtet sich künftig stärker auch an Kinder, die Opfer von häuslicher Gewalt sind und gezielte Hilfs- und Unterstützungsangebote brauchen. Auch für genderqueere Personen wollen wir eine passgenaue Unterstützung schaffen, die unter anderem durch separate Rückzugsräume und speziell geschultes Personal gewährleistet wird. Präventive Täterarbeit bauen wir aus. Wir wollen ein starkes Bündnis gegen Sexismus. Die gerichtsverwertbare vertrauliche Beweissicherung setzen wir flächendeckend, wohnortnah um. Für trans* Frauen muss der Zugang zu Frauenhilfestrukturen sowie ihr Schutz in diesen gewährleistet werden.

Wir entwickeln das Hilfesystem so weiter, dass Opfer von geschlechtsspezifischer Gewalt die Unterstützung erfahren, die sie brauchen. Dazu werden wir modellhaft Clearingstellen erproben, die allen Frauen rund um die Uhr offenstehen und sie dabei unterstützen, die passgenaue Hilfe zu finden. Außerdem setzen wir bei Polizei und Justiz Schwerpunkte bei der effektiven Bekämpfung von Gewalttaten gegen Frauen und queere Personen. Das beinhaltet schnelle Ermittlungen, schnelle Strafverfahren und eine bessere Bewertung von Risikofällen.

Häusliche Gewalt koordiniert bekämpfen

Wir werden die Koordinierungsstelle zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Männer weiterentwickeln und durch ein Monitoring zum Stand der Umsetzung von Gewaltschutzmaßnahmen in NRW ergänzen. . Damit setzen wir die Istanbul-Konvention weiter um, zu der NRW sich bekannt hat. Die Stelle bringt verschiedenen Hilfsangebote zusammen und unterstützt die Weiterentwicklung der Gewaltschutz-Einrichtungen und ihrer Zusammenarbeit. Darüber hinaus werden wir ein Monitoring zum Umsetzungsstand der Istanbul-Konvention in NRW entwickeln. Um innerfamiliäre Konflikte gar nicht erst eskalieren zu lassen braucht es präventive Täterarbeit. Diese wollen wir ausbauen.

Auch Männer werden Opfer häuslicher Gewalt. Wir werden die Schutz- und Unterstützungsstrukturen, die sich an männliche Opfer von Gewalt richten, ausbauen. Das erfordert zusätzliche Ressourcen und darf nicht zulasten der bestehenden Frauenhilfeinfrastruktur gehen. Die Interventionsstellen bei häuslicher Gewalt wollen wir finanziell stärken und als Anlaufstellen für alle Opfer häuslicher Gewalt, unabhängig vom Geschlecht, weiterentwickeln.

Betroffene unterstützen, die den Gerichtsprozess wagen

Opfer von Sexualdelikten, Stalking und Bedrohungen erstatten in viel zu vielen Fällen keine Anzeige. Ein Grund dafür ist die hohe Belastung der Opfer im anschließenden Gerichtsprozess. Das werden wir ändern und uns für eine den Vorwürfen angepasste Zeugenvernehmung einsetzen. Kein Opfer solcher Straftaten darf mehr Angst davor haben, die Täter anzuzeigen. Zudem werden wir die „Childhood“-Häuser in NRW stärken, in denen die notwendige Begleitung von Kindern und Jugendlichen bei Missbrauchserfahrung in kinderfreundlicher Umgebung unter einem Dach koordiniert und strukturiert wird.

Neue Wege beim Opferschutz und bei der Resozialisierung

Wir werden neue Wege beim Opferschutz und bei der Resozialisierung straffällig gewordener Menschen gehen, um für mehr Sicherheit für die Bevölkerung zu sorgen. In einem neuen Opferschutzgesetz werden wir den Opferschutz stärken und dort, oder in einem eigenen Landesresozialisierungsgesetz, die Resozialisierung berücksichtigen. Außerdem werden wir den Übergang vom Strafvollzug in die Freiheit besser organisieren, so dass ehemalige Straftäter*innen nicht arbeits- oder obdachlos werden und die nötige Unterstützung erhalten, um gesellschaftlich Fuß zu fassen..

Oft ist die Haft nicht die gesellschaftlich sinnvollste Strafe, da sie den Bestraften auch nach der Verbüßung ausgrenzt. Deshalb werden wir alternative Sanktionsformen im Sinne von Haftvermeidung stärker in den Vordergrund rücken. Insgesamt werden wir mit der Vereinheitlichung von Gesetzes- und Verwaltungsvorschriften für mehr Klarheit bei Struktur und Zuständigkeiten sorgen, so dass mehr Personal und Geld für den effektiven Opferschutz und die Resozialisierung zur Verfügung steht. Sowohl der Opferschutz als auch die Verbesserung der Lebenslage straffällig Gewordener stehen dabei für uns im Mittelpunkt.

Wir stärken die Sicherheit und schützen Bürger*innenrechte

Mehr Sicherheit mit unserer Polizei: bürger*innenorientiert, professionell und gut ausgestattet

Dass Nordrhein-Westfalen ein grundsätzlich sicheres Land ist, liegt auch an der guten Arbeit der Polizei. Als Trägerin des staatlichen Gewaltmonopols muss sie gut aus- und fortgebildet, personell gut aufgestellt und angemessen ausgestattet sein. Wir nehmen das Leitbild der Polizei-NRW ernst und wollen eine bürgerorientierte, professionelle und rechtsstaatliche Polizei. Die hohen Einstellungszahlen in der Polizei werden wir aufrechterhalten und dabei die Vielfalt der Gesellschaft auch in der Polizei abbilden. Trotz der hohen Einstellungszahlen wollen wir eine hohe Qualifikation der Kommissaranwärter*innen garantieren. Dazu müssen die Ausbildungsstätten (LAFP/HSPV) personell und sachlich weiter ausgebaut, die persönliche Betreuung während der Praktika gewährleistet und gleichzeitig die Qualitätsansprüche an die Kommissaranwärter*innen gewahrt werden. Wir wollen für mehr Beamt*innen im Bezirks- und Schwerpunktdienst sorgen, um die wichtige sozialraumorientierte Polizeiarbeit im „Veedel“ oder Stadtteil zu stärken. Sie sollen auf die Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren wie z.B. kommunalen Diensten, Beratungsstellen und Streetworker*innen setzten. Damit leisten wir einen Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung und erhöhen das Sicherheitsgefühl der Bürger*innen. Flächendeckende und anlasslose Videoüberwachung, Software zur Erkennung biometrischer Merkmale und eine weitere Nutzung der Palantir-Software, ohne die Zustimmung der Landesdatenschutzbeauftragten und eine gesetzliche Grundlage, lehnen wir ab. Wir stehen für eine rationale, verhältnismäßige Innenpolitik anstatt Bürgerinnen und Bürger unter einen Generalverdacht zu stellen. Die Befugnisse von Polizei und Verfassungsschutz wollen wir im Rahmen einer

Überwachungsgesamtrechnung fortlaufend überprüfen. Eine Ausstattung mit Tasern, außerhalb der Spezialkräfte, lehnen wir aufgrund der gesundheitlichen Gefahren, des hohen Fortbildungsbedarfes für die Beamt*innen und der beschränkten Einsatzsituationen ab. Die begonnene Ausstattung des Wachdienstes mit Tasern werden wir rückgängig machen.

Angesichts der immer größeren Anforderungen beispielsweise in den Bereichen Kindesmissbrauch, Umweltkriminalität, Geldwäsche, organisierte Kriminalität (Mafia) werden wir die Kriminalpolizei personell und in der Aus- und Fortbildung stärken. Dabei ermöglichen wir Spezialisierungen und fördern Fachkarrieren. Die gesundheitlichen Belastungen im Polizeidienst sollen durch eine Überprüfung der Schichtdienstmodelle und den Ausbau von Krisenintervention und Supervision verringert werden. Die Fortbildung, insbesondere der Führungskräfte, beispielsweise bei der Deeskalationskompetenz, der Sensibilisierung gegen Rechtsextremismus und Rassismus, bei Hasskriminalität sowie der Menschenrechtsbildung stärken wir weiter und führen verpflichtende Module hierzu ein. Wir streben die rechtssichere Einführung einer individualisierten und anonymisierten Kennzeichnung unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Beamt*innen an.

Polizeirecht verfassungsfest ausgestalten

Polizei und Bürger*innen brauchen einfach verständliche und verfassungsfeste Rechtsgrundlagen. Grundrechtseingriffe müssen auf das unbedingt Erforderliche beschränkt werden. Weitreichende, aber begrifflich unscharfe Eingriffsbefugnisse helfen auch den in schwierigen Situationen handelnden Polizeibeamt*innen nicht. Deshalb wollen wir die Polizeirechtsverschärfungen aus dem Jahr 2018 korrigieren und die Polizeiarbeit damit auf eine effektive, aber grundrechtssensible Basis stellen. Präventive Freiheitseingriffe ohne eine konkrete Gefahrenlage lehnen wir ab. Vorbeugende Ingewahrsamnahmen wollen wir auf eine Dauer von 48 Stunden begrenzen und den Betroffenen einen Rechtsbeistand beiordnen. Anlassunabhängige Kontrollen werden wir abschaffen; kontrollierte Personen sollen zukünftig eine schriftliche Bestätigung (sog. Kontrollquittung) erhalten, mit der sie die Begründung der Maßnahme später überprüfen lassen können.

Gemeinsam gegen Rassismus in der Polizei

Alle Menschen – unabhängig von Hautfarbe, Religion, Migrationsgeschichte, Geschlecht oder sexueller Identität – müssen darauf vertrauen können, dass die Polizei sie schützt und nicht diskriminiert. Daher wiegen die Fälle von Rassismus und anderen menschenverachtenden Äußerungen in der Polizei schwer. Alle Rechtsextremismus-Verdachtsfälle müssen lückenlos aufgeklärt werden und der Entstehung menschenverachtender Einstellungen entgegengewirkt werden. Die Handlungsempfehlungen der Stabsstelle „Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW“ werden wir umsetzen und die Maßnahmen fortlaufend weiterentwickeln. Dazu gehören Präventions- und Reflexionsmöglichkeiten in der Polizei sowie Regelungen zur Rotation. Zudem wollen wir verpflichtende Fortbildungen zum Themenfeld Rechtsextremismus und Rassismus und anderer menschenverachtende Einstellungen einführen und die Meldung von Hinweisen erleichtern. Führungskräfte müssen besser qualifiziert und sensibilisiert werden, damit sie Verdachtsfälle besser einschätzen und intervenieren können. Zusätzlich werden

wir eine wissenschaftliche Studie zu rassistischen und anderen menschenverachtenden Einstellungen bei der Polizei NRW in Auftrag geben.

Ein*e unabhängige*n Polizeibeauftrage*n für NRW

Die Polizei greift durch ihre Maßnahmen zum Teil empfindlich in die Freiheitsrechte der betroffenen Personen ein. Wie jedes Verwaltungshandeln ist auch polizeiliches Handeln überprüfbar. Einzelverfahren vor Gerichten oder im qualifizierten Beschwerdemanagement können aber nicht mögliche strukturelle Fehlentwicklungen innerhalb der Polizei aufdecken. Whistleblower*innen in der Polizei müssen deshalb besonders geschützt werden und ihre Anliegen vorbringen können, ohne irgendwelche Nachteile fürchten zu müssen. Wir wollen daher die Stelle einer*eines unabhängigen Polizeibeauftragten beim Landtag NRW ansiedeln. Die Stelle soll sowohl für Bürger*innen als auch für Polizeibeamt*innen ansprechbar sein, den Landtag bei der Beratung von Themen zur Polizei unterstützen und einen regelmäßigen Tätigkeitsbericht vorlegen. Die*der Polizeibeauftragte soll in einem multiprofessionellem Team arbeiten und Auskunfts-, Akteneinsichts-, Befragungs- und Betretungsrechte erhalten. Wir wollen überprüfen, wie straf- und disziplinarrechtliche Ermittlungsverfahren, z.B. bei Vorwürfen unverhältnismäßiger Gewaltanwendung oder menschenverachtenden Äußerungen, verbessert werden können - im Interesse der Betroffenen und im Sinne der Polizei.

Effektive Zusammenarbeit bei der Polizei

In keinem anderen Bundesland ist die Polizeistruktur so kleinteilig wie in Nordrhein-Westfalen. Die Vielzahl der Behörden, ihre unterschiedlichen Größen und Zuständigkeiten führen zu gravierenden Nachteilen bei der Aufgabenerfüllung. Gerade der schreckliche Fall sexualisierter Gewalt in Lügde zeigt, dass eine Polizeistrukturreform dringend erforderlich ist, weil die örtlichen Polizeibehörden große beziehungsweise komplexe Verfahren strukturell nicht leisten können. Daher müssen die Aufgaben und Zuständigkeiten der Kreispolizeibehörden vereinheitlicht und regional gebündelt werden. So wird die Polizeiarbeit überall in NRW effektiver und komplexe Fälle können besser bearbeitet werden. Wir werden dafür sorgen, dass die Polizei weiterhin überall in Nordrhein-Westfalen ansprechbar ist.

Kriminalpolitik auf solider Faktenbasis

Um die kriminalitätsbezogene Sicherheitslage richtig einschätzen zu können, reichen die Ergebnisse der Polizeilichen Kriminalstatistik nicht aus. Diese betrachtet nur die der Polizei bekannt gewordenen Fälle, bis diese an die Staatsanwaltschaft abgegeben werden. Das Dunkelfeld, also Taten, die der Polizei nicht angezeigt wurden, bleibt hingegen unberücksichtigt. Mögliche Veränderungen von Kriminalitätstrends bleiben so unerkannt. Es wird auch nicht erfasst, ob die gemeldeten Verdachtsfälle überhaupt angeklagt wurden und ein Urteil erging. Wir wollen, dass die Sicherheits- und Kriminalpolitik in NRW auf einer rationalen und evidenzbasierten Grundlage beruht. Wir setzen uns daher für einen periodischen Sicherheitsbericht unter Einbindung externer Wissenschaftler*innen ein. So soll eine regelmäßig aktualisierte Bestandsaufnahme der kriminalitätsbezogene Sicherheitslage erfolgen, die über die bloße Analyse der

Kriminalstatistik und der Strafverfolgungsstatistiken hinausgeht und Dunkelfeldstudien, Ursachenforschung und die Sicherheitswahrnehmungen der Bürger*innen einbezieht.

Vertrag für Demokratie: Entschieden gegen Rechtsextremismus

Wir schließen einen Vertrag für die Demokratie: Die Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus, insbesondere gegen Rom*nja und Sinti*zze, Musli*innen, Schwarze Menschen und asiatisch gelesene Personen, und Antisemitismus kann nur gemeinsam mit der demokratischen Zivilgesellschaft gelingen. Wir wollen die Zivilgesellschaft durch einen Fördertopf unterstützen, aus dem kleinere Initiativen und Bündnisse unbürokratisch Kleinstfördersummen beantragen können. Die Beratungsstruktur gegen Rechtsextremismus angefangen bei der Opferberatung, über die mobile Beratung gegen Rechtsextremismus bis hin zur Aussteigerberatung werden wir finanziell deutlich stärken und dauerhaft absichern. Wir werden das kommunale Förderprogramm „NRWeltoffen“ auf weitere Kommunen ausweiten und das integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus weiterentwickeln. Das Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus wollen wir mit einer eigenen Geschäftsstelle stärken. Auch die Arbeit der Gedenkstätten und anderer Träger der (historisch-)politischen Bildung ist ein wichtiger Beitrag für die Stärkung der demokratischen Kultur und die Sensibilisierung für die Gefahren des Rechtsextremismus. Um die politische Bildung in Nordrhein-Westfalen als wichtigen Bestandteil der Demokratiebildung zu stärken, wollen wir die Landeszentrale für politische Bildung beim Parlament ansiedeln und sie durch einen externen wissenschaftlichen sowie zivilgesellschaftlichen Beirat stärken.

Konsequentes Handeln gegen rechte Gewalt

Die größte Gefahr für unsere Gesellschaft geht vom Rechtsextremismus aus. Die Sicherheitsbehörden brauchen dringend bessere Analyseinstrumente, um die Gefahr durch neue Tätertypen erkennen zu können. Offene Haftbefehle gegen Rechtsextremisten müssen schnell vollzogen werden. Wir werden die Handlungsempfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses NRW vollständig umsetzen.

Das Wissen über rechtsextreme und rassistische Strukturen und Entwicklungen ist unabdingbar für den Kampf gegen Rechts. Deshalb werden wir die Rechtsextremismus-Forschung in NRW stärken und ein Monitoring im Bereich Rechtsextremismus sowie zu menschenfeindlichen Einstellungen in der Gesellschaft einführen. Außerdem setzen wir auf Dunkelfeldstudien und ein Lagebild Rechtsextremismus, um das Verständnis über die Dimensionen von Hasskriminalität und die Entwicklung im rechtsextremen Spektrum zu verbessern. Zudem werden wir ein öffentlich zugängliches Archiv zu Rechtsextremismus in NRW fördern.

Neue bzw. verstärkt auftretende Phänomene machen neue Beratungsangebote notwendig. Wir werden ein Angebot schaffen, dass das Umfeld von Verschwörungsgläubigen unterstützt. Außerdem werden wir eine personell gut ausgestattete Melde- und Beratungsstruktur für die Betroffenen von „Hate-Speech“ schaffen. Zur Unterstützung der Kommunen im Umgang mit Rechtsextremismus wollen wir eine juristische Beratungsstelle auf Landesebene einrichten.

Auch in NRW kommt es immer wieder zu rassistisch und antisemitisch motivierten Angriffen auf Synagogen, Moscheen oder Kultureinrichtungen. Wir setzen auf deutlich bessere Schutzkonzepte für diese Einrichtungen und in migrantisch geprägten Stadtteilen. Wichtig ist dabei die Einbindung der Communities in die Entwicklung von Maßnahmen des Landes.

Ganzheitliches Handlungskonzept gegen gewaltbereiten Islamismus weiterentwickeln

Von salafistischen und jihadistischen Netzwerken geht weiterhin eine ernstzunehmende Gefahr für unsere Gesellschaft aus. Die Sicherheitsbehörden müssen gewaltbereitem Islamismus konsequent entgegentreten, um mögliche weitere Anschläge zu verhindern. Aber auch die Präventionsarbeit gegen den gewaltbereiten Salafismus und Jihadismus als gesamtgesellschaftliche Aufgabe haben wir im Blick und möchten diese gemeinsam mit allen gesellschaftlich relevanten Akteur*innen stärken und ausbauen. Das von uns angestoßene ganzheitliche Handlungskonzept gegen den gewaltbereiten verfassungsfeindlichen Salafismus werden wir weiterentwickeln.

Den Verfassungsschutz neu ordnen

Der Verfassungsschutz soll die Feinde unserer freiheitlichen Demokratie und Gegner unserer vielfältigen Gesellschaft beobachten und dabei einen klaren Fokus auf verfassungsfeindliche, gewaltbereite Bestrebungen legen. Auf diesen Kern seiner Tätigkeit werden wir ihn beschränken. Den Einsatz von besonders grundrechtsproblematischen Befugnissen, wie Staatstrojanern zur Überwachung elektronischer Geräte, die die IT-Sicherheit aller Bürger*innen gefährden, lehnen wir ab. Die Befugnisse des Verfassungsschutzes fließen in die Überwachungsgesamtrechnung ein. Nachrichtendienstliche Befugnisse, darunter insbesondere den Einsatz von V-Leuten, werden wir auf ihre Verhältnismäßigkeit überprüfen und auf das Nötigste begrenzen. Zur umfassenden Kontrolle des Verfassungsschutzes richten wir die Stelle einer/eines ständigen Sachverständigen beim Parlamentarischen Kontrollgremium ein, um das Gremium bei der Kontrolle des Verfassungsschutzes, insbesondere bezüglich des Einsatzes von V-Leuten, zu unterstützen. Zudem schaffen wir mehr Transparenz über die Arbeit des Verfassungsschutzes, durch öffentliche Sitzungen des parlamentarischen Kontrollgremiums des Landtags. Wir fördern die Gründung eines unabhängigen Forschungsnetzwerks, zur Erforschung und Dokumentation von Strukturen und Zusammenhängen von demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen. Dazu gehört auch die Evaluation von Maßnahmen zur Prävention, Intervention und von Aussteigerprogrammen, die vom Land angeboten oder gefördert werden. Sowohl der Verfassungsschutz als auch das Forschungsnetzwerk informieren die Öffentlichkeit und das Parlament über ihre Erkenntnisse und über aktuelle Entwicklungen verfassungsfeindlicher und gewaltbereiter Gruppierungen und Phänomene, wie die Verbreitung von Verschwörungsmythen.

Katastrophenschutz: Aus der Pandemie und der Hochwasserkatastrophe lernen

Aus der Corona-Pandemie und der Hochwasserkatastrophe vom Juli 2021 werden wir Lehren ziehen und den Katastrophenschutz in NRW so verändern, dass er deutlich gestärkt wird. Das Engagement der Einsatzkräfte von Feuerwehren, anerkannten Hilfsorganisationen, Technischem Hilfswerk sowie den Spontanhelfer*innen ist unverzichtbar. Die Strukturen des Katastrophenschutzes müssen so angepasst werden, dass Gefahren besser erkannt werden und die Einsatzkräfte schneller das tun können, wofür sie für den Ernstfall ausgebildet werden: anderen zu helfen.

Zur Katastrophenvorsorge führen wir verbindliche Katastrophenschutzbedarfspläne auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte ein. Im Katastrophenfall soll die Landesebene Verantwortung übernehmen und die Kreise und kreisfreien Städte unterstützen. Um die Vorsorge zu unterstützen und im Krisenmanagement Verantwortung zu übernehmen, benötigen wir ein eigenes Katastrophenschutzamt auf Landesebene. Die Aktivierung des Krisenstabes der Landesregierung werden wir verbindlich regeln, damit die Kommunikation mit den unterschiedlichen Behörden effektiv, schnell und einheitlich gelingt. Wir stärken die Koordination zwischen Bund, Ländern und Hilfsorganisationen, um auf europäischer Ebene einen effektiven grenzübergreifenden Katastrophenschutz zu erreichen. Im Katastrophenfall müssen Warnsysteme so gestaltet sein, dass sie möglichst alle Menschen erreichen und für diese auch einfach verständlich und nachvollziehbar sind. Gemeinsam mit den Kommunen und den Akteuren im Katastrophenschutz werden wir die Selbsthilfefähigkeit der Bürger*innen stärken.

Wir werden auch die Forschung für den Katastrophenschutz und das Krisenmanagement in NRW stärken. Alle bisherigen Berichte und Evaluationen zu Katastrophenszenarien werden wir auf den Prüfstand stellen, um den Verbesserungsbedarf für NRW zu ermitteln. Außerdem braucht das Land eine eigene Katastrophenschutzplanung, um sich auf die Möglichkeit weiterer Katastrophen, beispielsweise einen großflächigen langanhaltenden Stromausfall oder einen Angriff auf die digitale Infrastruktur, vorzubereiten. Auch die Prävention und Bekämpfung von Wald- und Naturflächenbränden müssen deutlich verbessert werden, wie die Brandereignisse der letzten Jahre eindrücklich zeigen.

Ehrenamt im Brand- und Katastrophenschutz in seiner Vielfalt stärken

Die Arbeit von Ehrenamtlichen im Brand- und Katastrophenschutz ist unverzichtbar. Das verdient Anerkennung, Unterstützung der Feuerwehren und der anerkannten Hilfsorganisationen sowie gute Bedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt. Der enge Austausch mit den Akteuren im Band- und Katastrophenschutz ist uns wichtig. Wir wollen die Ehrenamtskarte weiter ausbauen, beispielsweise auch durch kostenlose Fahrten mit Bus und Bahn. Wer einen Führerschein für Rettungsfahrzeuge erwirbt, macht das im Dienst der Gesellschaft und bekommt deshalb in Zukunft mehr finanzielle Unterstützung. Wir werden außerdem eine Feuerwehrrente nach dem Thüringer Modell prüfen.

Unsere Gesellschaft ist vielfältig – wir wollen, dass sich das auch bei Feuerwehren und im Katastrophenschutz widerspiegelt. Projekte zur Stärkung der Sichtbarkeit von Vielfalt und für Antidiskriminierungsarbeit unterstützen wir.

Gemeinsam mit den Organisationen wollen wir den Anteil von Frauen sowohl im Haupt- wie auch im Ehrenamt deutlich erhöhen. Die Kinder- und Jugendarbeit bei den Feuerwehren und Hilfsorganisationen unterstützen wir. Die Brandschutzerziehung und die Verankerung von Schulsanitätsdiensten unter Beteiligung der Kinder und Jugendlichen sowie Erste-Hilfe-Kurse an Schulen werden wir ausweiten.

Wir fördern Kultur, Medien und Sport

Verlässliche Förderung für einen neuen Kultur-Aufschwung

Die Kunst- und Kulturszene in NRW bietet uns allen eine große Dichte verschiedenster Museen, Clubs, Konzertsäle, Bühnen und freier Angebote. Kultur und die Künste unterhalten nicht einfach nur. Sie sind das Lebenselixier unserer Demokratie, sie geben Impulse und halten der Gesellschaft kritisch den Spiegel vor. Wir Grüne stehen daher für eine transparente, beteiligende und vielfältige Kulturpolitik. Wir geben Nordrhein-Westfalens einmaliger Kulturlandschaft Sicherheit und stehen für ihren Erhalt und Ausbau. Wir Grüne setzen uns auch künftig für eine deutliche Erhöhung der Kulturförderung im Land ein. Dabei werden wir neben den „etablierten“ Kunstformen auch weiterhin die freie Kunstszene und Soziokultur fest im Blick haben. Unser Ziel ist, dass die NRW-Kulturszene nach der Corona-Krise wieder als Nährboden unserer offenen und vielfältigen Gesellschaft auflebt. Künstler*innen, Bühnentechniker*innen, Bühnen und Kulturvereine brauchen dafür finanzielle Sicherheit. Bis die Auswirkungen der Pandemie abklingen, setzen wir weiterhin auf spezielle Förderungen. Für eine bessere und verlässliche Kulturförderung stärken wir außerdem die Finanzen der Städte, Gemeinden und Kreise. Denn sie sind wichtige Geldgeber für die Kultur vor Ort. Mittelfristig entwickeln wir die Förderlandschaft des Landes weiter und machen sie krisenfest. Dafür untersuchen wir die Förderstrukturen und beziehen vor allem die Erfahrungen der Corona-Krise mit ein. Wir achten besonders darauf, dass die Verwaltungen von Bund, Land und Kommunen in der Kulturförderung besser zusammenarbeiten und Kreativität nicht im Bestimmungs- und Zuständigkeitswirrwarr verpufft.

Kulturschaffende und Künstler*innen besser absichern

Wenn wir eine freie und vielfältige Kultur wollen, müssen wir auch die Bedingungen dafür schaffen, dass Menschen kreativ werden können. Viele Kultur- und Medienschaffende arbeiten mit großem Engagement unter prekären Bedingungen, verdienen wenig oder unregelmäßig und sind nicht ausreichend für das Alter abgesichert. Die Kunstförderung darf deshalb nicht allein am Output orientiert sein, sondern muss auch die soziale Sicherung der Künstler*innen zum Ziel haben. Von Seiten des Landes NRW werden wir bis zum Ende der Pandemie die Stipendienprogramme fortsetzen und dann evaluieren, welche Elemente zu einer dauerhaften Kulturförderung gehören können. Über eine Gagenuntergrenze für öffentliche Theater für Solo-Beschäftigte auf und hinter der Bühne verbessern wir außerdem die Arbeitsbedingungen von Künstler*innen.

Mehr Raum für Kultur

Kultur braucht Platz! Sie gedeiht in Erfahrungs- und Freiräumen – und zwar am besten mitten unter uns, dort wo die Menschen leben und arbeiten. Wir schützen und schaffen Kulturräume in ganz NRW und machen unsere Städte und Dörfer damit lebenswerter. Wir unterstützen Kommunen, die eine kulturelle Zwischennutzung leerstehender Gebäude ermöglichen wollen, etwa durch die Übernahme von Versicherungen. Wir unterstützen die Kommunen finanziell in der Organisation von Reallaboren, in denen Visionen für die Entwicklung konkreter Maßnahmen entwickelt werden.Um NRW als Standort der Kunst und Kulturproduktion zu stärken fördern wir Produktionsräume für die Kunst, die gemeinsam und kostengünstig genutzt werden können. Nach dem Konzept des „Werkkunsthaus NRW“ und dem Vorbild der Werkstätten des Kulturwerks des Berufsverband Bildender Künstler*innen Berlin werden wir flexibel nutzbare Werkstätten schaffen, um Künstler*innen eine bessere Infrastruktur für ihre Produktion zur Verfügung zu stellen. Auch Landesgebäude und freistehende Flächen des Landes eignen sich für solche kulturellen Projekte oder Zwischennutzungen. Dafür machen wir den Weg frei. Wir werden NRW Urban und den Bau - und Liegenschaftsbetrieb NRW dafür in die Pflicht nehmen, mit den Kommunen zu kooperieren. Wir passen die Anforderungen zum Lärmschutz so an, dass zwischen dem berechtigten Ruheinteresse von Anwohner*innen und den Anforderungen an lebendige Kulturräume ein fairer Ausgleich stattfindet. Dass Clubs erstmals auch rechtlich als kulturelle Orte anerkannt sind, begrüßen wir sehr und werden in NRW dafür sorgen, dass dies rechtlich entsprechend umgesetzt wird und Clubs vor Verdrängung geschützt werden.

Kultur ist für alle da – Zugang zu Kultur erleichtern

Kunst und Kultur unterstützen Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung. Wer früh und möglichst intensiv die eigene Kreativität entwickeln kann, wird sich sozial, kulturell und menschlich auch später im Leben deutlich besser zurechtfinden. Kunst und Kultur sensibilisieren auch für die Umwelt und das menschliche Miteinander über alle Grenzen hinweg. Deshalb wollen wir Grüne in NRW gut begonnene Projekte wie „Kultur und Schule“, „Kulturrucksack NRW“ oder auch „JeKits – Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen“ klug und modern weiterentwickeln. Wir werden die Förderangebote bedarfsgerecht, bürokratie- und barriereärmer gestalten. Wir wollen die musischen Fächer in den Schulen wieder stärken, Theater-, Museums- und Konzertbesuch sollten künftig auch zum schulischen Kanon kultureller Bildung gehören. Dabei sollen auch grundsätzliche Überlegungen wie ein „KulturTicket-NRW“ oder vor Ort der „freie Eintritt für Schulklassen“ sowie insgesamt eine weitreichende sozialverträgliche Teilhabe an Kultur und Kunst in NRW künftig eine noch wesentlich größere Rolle spielen. Hier wollen wir entsprechende Modellprojekte vorantreiben. Auch Kooperationsmodelle zwischen Freier Szene und öffentlichen Kultureinrichtungen sollen verstärkt gefördert werden. Wir werden einen Kulturpass für Jugendliche und junge Erwachsene erproben, wie es beispielsweise in Frankreich bereits praktiziert wird.

Erinnerungen bewahren und aus ihnen lernen

Die Verbrechen des Nationalsozialismus prägen uns und unser Land weiter. Wir alle tragen Verantwortung dafür, die Erinnerung an die Opfer der NS-Zeit wach zu halten und aus dieser Erinnerung heraus für unsere Demokratie und unsere gesellschaftlichen Freiheiten einzutreten. Es gibt nur noch sehr wenige Zeitzeugen, die von ihren Erlebnissen berichten können und längst nicht jede Familie im Einwanderungsland NRW hat einen biografischen Bezug zur NS-Geschichte. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Erinnerung für alle Menschen lebendig und erfahrbar gemacht wird und sichern daher die Arbeit der Gedenkstätten finanziell weiter ab. Wir sind außerdem offen dafür, neue Erinnerungsorte zugänglich zu machen und mit entsprechenden Angeboten auszustatten – auch um an die Opfer des Rechtsextremismus in der Nachkriegsgeschichte zu erinnern. Wir setzen uns weiterhin für den Ausbau und die Weiterentwicklung der Gedenkstätte STALAG 326 in Schloss Holte-Stukenbrock ein. Rechtspopulistischen und anderen Kräften, die einen Schlussstrich unter das Gedenken setzen wollen, stellen wir uns entschieden entgegen.

Denkmalschutz in Nordrhein-Westfalen stärken - baukulturelles Erbe erhalten

Denkmäler zu schützen heißt, unsere kulturelle Identität zu schützen und zu bewahren. Es bedeutet gleichermaßen Geschichte und Zeitgeist an authentischen Orten der Erinnerung lebendig zu halten. Der Schutz und die Pflege des kulturellen Erbes in der Bundesrepublik Deutschland ist ein länderübergreifender gesellschaftlicher Auftrag, den wir Grüne in NRW stärken wollen. Mit dem geplanten Denkmalschutzgesetz der schwarz-gelben Landesregierung droht dieser Schutz zu bröckeln und macht insbesondere die Baudenkmäler zum Spielball politischer und wirtschaftlicher Interessen. Wir Grüne wollen deshalb die Stellung der bei den Landschaftsverbänden angesiedelten Denkmalfachämter für Baudenkmalpflege mit ihrer fachlichen Expertise erhalten und die bewährte Zusammenarbeit zwischen den unteren Denkmalbehörden und den Fachämtern belassen. Gleichzeitig gilt es in intelligenter Weise, ökologisches und klimagerechtes Bauen mit dem Denkmalschutz zu vereinbaren. Hierzu wollen wir in einen Dialog mit den Fachverbänden und Denkmalschutzbehörden eintreten.

Den Kunstbetrieb vielfältiger und ökologischer machen

Gesellschaftliche Vielfalt ist ein kultureller Schatz. Das sollte sich auch in den Kultureinrichtungen Nordrhein-Westfalens widerspiegeln. Vielfalt wird mit uns Programm – und zwar besonders dort, wo das Land und die Kommunen die Kultur finanziell fördern. Öffentlich geförderte Einrichtungen werden wir unterstützen, die gesellschaftliche Vielfalt und Barrierefreiheit stärker zu berücksichtigen – etwa im Programm, bei der Besetzung von Künstler*innen oder Leitungspositionen oder Jurys. Bei der Besetzung von Intendanzen müssen endlich Frauen stärker zum Zuge kommen. Neue Leitungs- und Organisationsformen als Alternative zum überkommenen, stark hierarchischen Intendanz-Modell, sollen nicht die Ausnahme, sondern die Regel werden. Machtmissbrauch und Diskriminierung in kulturellen Institutionen muss entgegenwirkt und die Mitwirkung und künstlerische Freiheit

der Künstler*innen gestärkt werden. Durch die Förderung von Modellprojekten regen wir die Entwicklung neuer kollektiver und partizipativer Strukturen an.

Kunst und Kultur spielen eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der Klimakrise. Zum einen können sie selbst ihren ökologischen Fußabdruck verkleinern, zum anderen wichtige Impulse für eine nachhaltige Transformation unserer Gesellschaft geben. Immer mehr Initiativen, Festivals, Filmproduzierende und Spielstätten versuchen mit großem Einsatz, ressourcenschonender zu arbeiten. Wir unterstützen diese Bemühungen ebenso wie die Einrichtung einer „Green Culture Desk"-Beratungsstelle und eines „Green-Culture-Fonds" des Bundes.

Ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk für alle

Unsere Demokratie lebt davon, dass wir uns eine Meinung bilden und demokratisch um den besten Weg streiten können. Dafür brauchen wir Journalist*innen, die unabhängig und kritisch arbeiten können. Und wir benötigen ein vielfältiges Angebot an Zeitungen, Online-, Radio- und Fernsehsendungen. Wir stehen zu einem pluralistischen, von staatlichen Institutionen unabhängigen und kritischen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, denn er sichert unabhängigen, allen zugänglichen Journalismus. Wir verteidigen den WDR entschieden gegen populistische Attacken von rechts und sichern weiterhin seine Finanzierung ab. Gleichzeitig wirken wir darauf hin, dass der WDR sich mit der Gesellschaft weiterentwickelt und relevant bleibt. Wir unterstützen ihn, auch jene Zielgruppen zu erreichen, bei denen er sich bisher schwertut, also etwa bei Jugendlichen oder Menschen mit Migrationserfahrung. Ebenso wie die Formate und Inhalte müssen auch die Gremien des WDR in Zukunft die gesellschaftliche Vielfalt unseres Landes besser abbilden. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die Mediatheken aller öffentlich-rechtlichen Sender zu gemeinsamen Plattformen weiterentwickelt werden.

Demokratie braucht Medienvielfalt und Lokaljournalismus

Eine offene Gesellschaft braucht vielfältige Informationsquellen und Medien, in denen Meinungen ausgetauscht und Entscheidungen kritisch hinterfragt werden. Doch gerade vor Ort schrumpft die Vielfalt an lokalen Zeitungen und Radiostationen. Damit sich keine "Informationswüsten" ohne unabhängige Berichterstattung zu Politik, Kultur und Gesellschaft bilden, unterstützen wir die lokale Medienvielfalt und werden dies über eine neue, gemeinsame Medienanstalt der Länder absichern. Wir geben der Idee des gemeinnützigen Journalismus Rückenwind, so dass Bürger*innenmedienvereine und Redaktionsnetzwerke ihre wichtige Arbeit leichter über Spenden finanzieren können. Gerade dort, wo sich der herkömmliche Lokaljournalismus zurückzieht, sind diese Initiativen wichtig, um vor Ort kritischen Journalismus aufrecht zu erhalten. Wir Grüne stehen zum „NRW-Zwei-Säulen-Modell" und für eine starke Lokalradioszene. Die NRW-Landesmedienanstalt leistet hier bereits gute Unterstützungsarbeit, die wir fortsetzen werden. Wir unterstützen die Forderung der Landesmedienanstalten nach einem Update des Medienkonzentrationsrechts, das zukünftig alle relevanten Mediengattungen und -märkte - insbesondere auch auf dem Feld der digitalen Medien - in den Blick nehmen muss.

Medienkompetenz für alle – gegen Fake News

Frei zugängliche Informationen sind der Rohstoff für unsere Meinungsvielfalt und Demokratie. Wenn sie gefälscht und manipuliert werden, ist das ein Angriff auf unsere freie Gesellschaft und kann Menschenleben kosten, wie wir in dieser Pandemie erleben. Gerade das Internet und die sozialen Medien beinhalten beides und bedürfen stärkerer Selbstkontrolle und Regulierung. Deshalb ist es so wichtig, dass alle Bürger*innen in NRW lernen, kompetent mit Informationen und Medien umzugehen – von klein auf, bis ins hohe Alter. Wir unterstützen Bürger*innenmedien-Kompetenzprojekte, die Bürger*innen und insbesondere auch Schüler*innen in NRW befähigen, Falschmeldungen und Fake News zu erkennen, zu kontern und selbst als Faktenchecker*innen zu arbeiten. Die wichtige Arbeit des 2020 neu gegründeten „Landesverbandes Bürger*innenmedien NRW“ unterstützen wir. Dabei richten wir unseren Blick nicht nur auf deutschsprachige Medien, sondern auch auf internationale. Denn es ist bekannt, dass zunehmend auch ausländische, autokratische Strukturen versuchen, mit Desinformationskampagnen die politische oder gesellschaftliche Willensbildung hier zu beeinflussen.
Demokratiefeindlichen, desinformierenden und hetzerischen Inhalten schieben wir einen Riegel vor. Wir fördern Medienkompetenz und Faktenchecks. Das Recht auf Gegendarstellung wollen wir ausweiten, eine konsequente Strafverfolgung sicherstellen und unsere Sicherheitsbehörden entsprechend sensibilisieren und ausstatten. Gleichzeitig setzen wir uns für eine deutliche Wiederausweitung des mehrsprachigen Angebots des WDR ein, so dass unabhängige Medienangebote auch alle Menschen in NRW erreichen.

Medien-, Film- und Kreativwirtschaft fördern

NRW ist ein Film- und Medienland. Die Branche ist ein eigenständiger, wichtiger Wirtschaftsfaktor, dessen Innovationskraft auch für andere Branchen immer bedeutsamer wird. Wir stärken ihn weiter durch Förderung und kluge Vernetzung mit anderen, auch internationalen Förderzusammenhängen. Auch das „Mediennetzwerk NRW“ soll weiter gestärkt werden. Dabei spielen Ausbildungs- und Förderangebote wie die „internationale Filmschule Köln“, das „Mediengründerzentrum NRW“ und das „GamesLab Cologne“ eine zentrale Rolle. Ebenfalls unterstützen wir nach wie vor ganz besonders die erfolgreiche Arbeit der Film- und Medienstiftung NRW. Die Gründerförderung in Kreativwirtschaft und Kultur wollen wir in Kooperation mit den Fach- und Kunsthochschulen in NRW weiter ausbauen und zusätzlich auch eine effektive Popkulturförderung in NRW etablieren. Wir wollen das fotografische Erbe in größtmöglicher Vielfalt erfassen, erforschen und bewahren. Wir unterstützen daher die Initiative des Bundes ein Deutsches Fotoinstitut in NRW anzusiedeln.

Sport für alle in nächster Umgebung

Mit seinen vielen ehrenamtlich Engagierten ist der organisierte Sport wortwörtlich die größte Bürger*innenbewegung in NRW, die Werte einer offenen und solidarischen Gesellschaft vermittelt und jüngeren Menschen vorlebt. Fairness, Respekt, Teamgeist und Vielfalt stehen dabei im Vordergrund. Auch jenseits von Vereinen und Verbänden finden sich Menschen zusammen, um gemeinsam Sport zu treiben und in Bewegung zu bleiben. Deshalb werden wir Bewegungsmöglichkeiten für alle Generationen in die Wohnumgebung integrieren. Frei zugängliche

Sportmöglichkeiten erfreuen sich großer Beliebtheit, fördern das Zusammenleben in den Quartieren und stärken die Gesundheit. Deshalb werden wir das Thema „Bewegungs- und Sportflächen in Quartieren“ in zukünftigen Städtebauprogrammen des Landes als Förderkriterium mit aufnehmen. Das Miteinander im Sport, das gemeinsame Bewegen, die vielfältige Bildungsfunktion gerade des organisierten Sports und die aktivierende Förderung von Bewegung braucht aber neben der nahegelegenen Infrastruktur Menschen, die - vielfach ehrenamtlich - anderen und der Gesellschaft den Sport erst ermöglichen. Wir schätzen und wissen um die existenzielle Bedeutung von Trainer*innen, Übungsleiter*innen, Vereinsverantwortlichen oder Stadtteilakteuren. Gerade in der Post-Corona-Zeit wollen wir mit Kampagnen und Maßnahmen auch in Abstimmung mit dem organisierten Sport und seinen Bildungswerken dieses Engagement neu beleben, denn auch die beste Sportstätte braucht Übungsleiter*innen für Bewegungsangebote.

Sport braucht eine intakte und nachhaltige Infrastruktur

Sport ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtig. In den Vereinen, auf Sportplätzen, in Hallen und Schwimmbädern kommen Menschen verschiedener Herkunft, unterschiedlichsten Alters und unterschiedlichster Lebenserfahrungen zusammen. Sport hält uns fit und fördert unsere Gesundheit. Wir Grüne unterstützen deshalb den Sport im Land aus voller Überzeugung. Viele vereinseigene Sportstätten werden zurzeit durch das Programm “Gute Sportstätten 2022” instandgesetzt. Den Erfolg des Programms werden wir evaluieren und das Programm weiterentwickeln. Auch die finanzielle Unterstützung der Kommunen für den nachhaltigen und klimagerechten Umbau der Sportstätten jeglicher Art (auch jenseits der Norm) muss gewährleistet werden. So bedarf es im Bereich der Kunstrasenplätze plastikfreier Alternativen, im Bereich der Quartiersentwicklung auch der Umnutzung von früher anderweitig genutzten Flächen. Wir setzen uns insbesondere für eine gute Bäderinfrastruktur ein und stärken den Schwimmunterricht an Schulen und in Vereinen. Unser Ziel ist es, dass jedes Kind bis zum Ende der Grundschulzeit die Möglichkeit hat, schwimmen zu lernen.

Sportförderung und Sportgroßveranstaltungen, von denen alle profitieren

Wir Grüne sehen Sportgroßveranstaltungen als integratives und einendes Element an. Außerdem profitieren sowohl der Leistungs- als auch der Breitensport von solchen Events. Um ihre Akzeptanz zu fördern sollen sie in Nordrhein-Westfalen unter der Maßgabe von Nachhaltigkeit und Kostentransparenz und unter Beteiligung der Bürger*innen in Zukunft begleitet und vorangetrieben werden.

Sport und Bewegung leisten wichtige Beiträge zur gesundheitlichen Prävention. Wir werden den Präventionsgedanken noch stärker in die Sportförderung integrieren. Prävention und Gesundheitsförderung sind ein Mehrwert für alle, aber insbesondere auch für ältere Menschen. Unser Ziel ist es, die Förderung der guten, eigenverantwortlichen Arbeit des LSB NRW nach „Good-Governance“-Kriterien transparent und rechtssicher zu gestalten und gleichzeitig die Wünsche von Sportler*innen ohne Zugehörigkeit zu einem Verein ausgewogen zu berücksichtigen. Hierfür ist es richtig, sich in einer neu zu schaffenden Landessportkonferenz mit allen wichtigen Sportakteur*innen an einen Tisch zu setzen. Wir legen mit einem Sportfördergesetz die Grundlage, dass alle Menschen in NRW die Möglichkeit

haben, entsprechend ihren Wünschen und Fähigkeiten Sport zu treiben.

Wir stärken den Kampf gegen physische, psychische und sexualisierte Gewalt und entwickeln das Programm ‚Schweigen schützt die Falschen' gemeinsam mit dem Landessportbund weiter. Wir bauen darüber hinaus eine unabhängige Anlaufstelle auf.

Dialog im Sport fördern, eSport unterstützen

Wir Grüne werden dem Sport ein verlässlicher Partner darin sein, Sportveranstaltungen zu dem zu machen, was sie sein sollten: ein Ereignis, an dem die ganze Gesellschaft teilnehmen kann. Dafür sollen regelmäßige Dialogformate und Fan-Hearings die Kommunikation und Kooperation zwischen allen Beteiligten verbessern und das Engagement gegen Gewalt, Diskriminierung, Ausgrenzung und Hass im Sport stärken. Wir setzen dabei ausdrücklich darauf, die organisierte Fanszene als aktiven Teil der Zivilgesellschaft einzubeziehen. Ebenso gehören die Polizei, die „Zentrale Informationsstelle Sporteinsätze", die Ordnungsbehörden, Vereine und Verbände sowie Fanprojekte und Fanbeauftragte zu den Gesprächspartner*innen.

Wir unterstützen Gaming-Kultur und eSport. Wir setzen uns dafür ein, dass eSport-Vereine als gemeinnützig anerkannt werden. Um Austausch und Verständigung zwischen beiden Welten zu fördern, unterstützen wir gemeinsame Projekte von eSport und klassischem Sport. Ähnlich wie beispielsweise beim klassischen Fußball die Themen Rassismus und Vielfalt, machen wir auch beim eSport gesellschaftliche Themen zum Gegenstand von Förderung und Austausch.

Wir gestalten gemeinsam Europa und die Eine Welt

NRW vernetzt Europa – global denken, lokal handeln

NRW liegt als bevölkerungsreichstes Bundesland im Herzen Europas und profitiert als starke Wirtschaftsregion von der europäischen Integration. Wir sind überzeugt, dass wir die sozialen und ökologischen Herausforderungen des Klimawandels nur auf internationaler Ebene bewältigen können. Ganz besonders zählen wir dabei auf unsere europäischen Partner*innen. Wir streben die Schaffung einer europäischen föderalen Republik an. Mit diesem Ziel unterstützen wir aktiv die Konferenz zur Zukunft Europas.

Wir gründen eine Europa-Stiftung, die die europäischen Werte und die unterschiedlichen Facetten einer lebendigen Demokratie in der schulischen und außerschulischen Bildung fördert. Damit schaffen wir eine Koordinierungs- und Ansprechstelle für die zahlreichen dezentralen Angebote in NRW. Indem die Stiftung ebenfalls den europaweiten Austausch zwischen Kommunen und Regionen stärkt, erneuert sie den europäischen Zusammenhalt und macht die Errungenschaften der Europäischen Union für die Bürger*innen vor Ort erlebbar. Auch die EU-Programme Erasmus+ und Horizon Europe wollen wir so umsetzen, dass sie möglichst viele erreichen. Wir setzen uns von NRW aus für die Einhaltung der Menschenrechte und Rechtsstaatsprinzipien innerhalb der EU ein, wollen weitere Austritte nach dem Brexit verhindern und halten entschieden gegen antidemokratische Angriffe.

Wir kämpfen weiter für ein echtes Lieferkettengesetz

Viele Jahre haben Grüne im Bundestag und im Europäischen Parlament für ein Lieferkettengesetz gekämpft, welches Arbeitnehmer*innenrechte und Umweltstandards auch in Drittländern schützt und deutsche und europäische Unternehmen für Verstöße ihrer Lieferanten in die Verantwortung nimmt. Das 2021 beschlossene Gesetz ist für uns Grüne eine herbe Enttäuschung. CDU, CSU und SPD haben ein Gesetz beschlossen, dass zwar eine Lieferantenhaftung vorsieht, die Ausnahmen aber zur Regel macht. Maßgebliche Teile der deutschen Unternehmen werden vom Gesetz nicht erfasst. Bis es ein echtes Lieferkettengesetz gibt, werden wir vorangehen und die öffentliche Beschaffung in NRW durch ein neues Tariftreue- und Vergabegesetz nach nachhaltigen und sozialen Kriterien ausrichten. Darüber hinaus werden wir die Kommunen im Land bei der Umsetzung einer nachhaltigen Beschaffung unterstützen.Städte und Gemeinden unterstützen wir auf Wunsch bei Ausschreibungen in Bezug auf Nachhaltigkeit, Tariftreue und sozialen Kriterien. Pilotkommunen sollen ihr Wissen an andere weitergeben können.

NRW arbeitet für eine nachhaltige Entwicklung in der EU und global

Die Umsetzung der Agenda 2030 und der Klimaziele gehen zu langsam voran. Wir setzen die Ziele im Sinne der Nachhaltigkeitsstrategie NRW um, indem wir die UN-Nachhaltigkeitsziele als festen Bestandteil in allen Landesressorts etablieren und auch die Kommunen dahingehend unterstützen. Außerdem führen wir einen verpflichtenden Nachhaltigkeitscheck ein, um bei Gesetzentwürfen und bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu prüfen, ob soziale und ökologische Standards eingehalten werden, Der Europäische Grüne Deal stellt für uns einen klaren Handlungsauftrag dar, bis 2040 klimaneutral zu sein. Wir wollen in NRW vorangehen und uns dieser Verantwortung stellen und möglichst vor 2040 klimaneutral werden. Grundlage dafür ist auch ein fairer und nachhaltiger Handel. Die Handelsabkommen CETA und Mercosur lehnen wir deshalb in ihrer jetztigen Form ab. Unser Ziel muss sein, unseren Kindern einen Planeten zu hinterlassen, der lebenswert ist.

Neben fairer Entlohnung und Arbeitssicherheit ist die Kreislaufwirtschaft ein wichtiger Baustein. Um die begrenzten Ressourcen der Erde zu schonen und Energie einzusparen, müssen so viele Produktionsverfahren wie möglich im Kreislauf geführt werden. Hierfür brauchen wir beispielsweise nachhaltiges Produktdesign und mehr recyclingfähige Rohstoffe. Die dafür nötigen Maßnahmen möchten wir gemeinsam mit Branchenvertreter*innen, Verbänden, Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft umsetzen. Das Land muss hier als Partner auftreten und die Industrie bei dieser Aufgabe finanziell unterstützen. Branchenverträge können dafür den geeigneten Rahmen bilden.

Zivilgesellschaft für die Eine Welt stärken

Viele Menschen engagieren sich in unserem Bundesland ehrenamtlich für den globalen Süden. Sie bauen gemeinsam mit ihren Partner*innen dort Projekte auf. Immer mehr Verbraucher*innen kaufen fair gehandelte Produkte und sie alle leisten damit einen ganz persönlichen Beitrag. Diese zivilgesellschaftlichen

Aktivitäten wollen wir unterstützen durch den Ausbau des „Eine Welt Netzes“ als Dachverband entwicklungspolitischer Vereine und engagierter Personen in NRW sowie durch verstärkte Kampagnen für „Fairen Handel“. In unserem Land existiert eine gute Struktur von Angeboten zur Nachhaltigkeitsbildung. Diese bestehenden Strukturen wie die Stiftung „Umwelt und Entwicklung NRW“ und das Programm „Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit“ wollen wir ausbauen, um mehr Menschen damit zu erreichen. Auch die internationale Zusammenarbeit mit den beiden NRW-Partnerländern Südafrika und Ghana wollen wir intensiven. Wir fördern globale Partnerschaften von Vereinen, Verbänden, Kommunen, Wissenschaft und Betrieben aus NRW. Einen wichtigen Aspekt bilden hierbei der beiderseitige Austausch und Kooperationsprojekte von Studierenden, Schüler*innen und Auszubildenden.

Städtepartnerschaften für Nachhaltigkeit

Viele unserer Städte und Gemeinden haben enge Beziehungen mit ihren Partnerregionen überall auf der Welt und führen gemeinsam Projekte aus, auch in der kommunalen Entwicklungspolitik. Wir wollen deshalb gemeinsam mit unseren Kommunen ein Konzept entwickeln, um die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele, Menschenrechte und Fairen Handel zu zentralen Aspekten bestehender und zukünftiger Städtepartnerschaften macht.

Auch ist Nordrhein-Westfalen Mitglied der internationalen „Under-2-Coalition“, die mit regionalen Maßnahmen die Erderwärmung auf unter zwei Grad Celsius begrenzen will. Kommunale Klimapartnerschaften sollen dabei eine tragende Rolle spielen, um auf kommunaler Ebene einen Beitrag zu den globalen Herausforderungen zu leisten. Denn es sind maßgeblich unsere Städte und Gemeinden, die europäische und internationale Vereinbarungen umsetzen und mit Leben füllen. Klimapartnerschaften helfen ihnen dabei, sich untereinander zu vernetzen, Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Projekte umzusetzen. Damit die Kommunen Ansprechpartner*innen haben, wenn sie eine Klimapartnerschaft aufbauen wollen, schaffen wir eine Koordinierungs- und Beratungsstelle auf Landesebene, die sie bei ihrem Vorhaben unterstützt und begleitet. Außerdem stellen wir Finanzmittel für kommunale Entwicklungszusammenarbeit im Gemeindefinanzierungsgesetz zur Verfügung.

NRW als Standort für Internationales verankern

NRW ist mit seiner Bundesstadt Bonn ein wichtiges Zentrum für internationale und Eine-Welt-Politik. Wir stehen zum Bonn-Berlin-Gesetz und werden diesen besonderen Standort mit einer vertraglichen Zusatzvereinbarung weiter unterstützen. Allein die UN sind hier mit 20 Einrichtungen vertreten, hinzu kommen noch über 150 weitere internationale Institutionen, Vereine und Hilfswerke der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. Bonn ist ebenfalls Standort des „Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“, des „Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik“, der „Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit“ oder dem „Bonn International Center for Conversion“. Mit dieser breiten Struktur aus Wissenschaft, internationalen Organisationen und NGOs soll das Land NRW Vorreiter in der Entwicklungszusammenarbeit sein. Wir wollen NRW als wichtigen Stand- und

Konferenzort für Menschenrechte und Friedensbildung, Nachhaltigkeitsstrategien, und Demokratisierungsprozesse etablieren.

NRW: Hafen für Menschenrechte und Teil der Einen Welt

Wir leben in einem funktionierenden Rechtsstaat, dessen Aufgabe es ist, die Rechte seiner Bürger*innen zu schützen. Was für uns so selbstverständlich klingt, ist es für viele Journalistinnen, Abgeordnete, Wissenschaftlerinnen und Menschrechtsverteidiger*innen, Frauen, LGBTTIQ, Menschen mit Behinderung, Angehörige von Minderheiten in vielen Ländern dieser Erde nicht. Sie werden von Unrechtsregimen als Regimegegnerinnen und -gegner angesehen und wegen ihrer Arbeit oder lediglich aufgrund ihres Glaubens, ihres Aussehens oder ihrer Orientierung im eigenen Staat unterdrückt, bekämpft, verfolgt.

Wir wollen diesen Menschen in NRW einen sicheren Hafen bieten, in dem sie ihre Arbeit fortsetzen können und vor Repressalien geschützt sind. Im Bundestag verabschiedeten Abgeordnete bereits 2003 das Programm „Parlamentarier schützen Parlamentarier“; aus dem schon 100 Patenschaften hervorgegangen sind. Die Abgeordneten nutzen dabei ihr Netzwerk, um bedrohte Parlamentarierinnen und andere Menschenrechtsaktivisten aufzunehmen. Ein solches Programm wollen wir auch für NRW schaffen und die bisherigen Erfolge in der Verteidigung von Menschenrechten weiter nach vorne zu bringen.